



Fachhochschule Hannover  
University of Applied Sciences and Arts

Arbeitspapier | Fachbereich Wirtschaft (W)

**Günter Buchholz**

**Kritik des Ökonomismus 2004 - 2006**

Drei Essays

Arbeitspapier 110/2006  
ISSN Nr. 1436-1035 (print) ISSN Nr. 1436-1507 (Internet)

## Vormerkung

Unter dem zusammenfassenden Titel

„Kritik des Ökonomismus“

werden hier drei zeitkritische Essays vorgelegt:

- 1 „Das verkehrte Verhältnis zwischen Ökonomie und Kultur“ (2004)
- 2 „Innovation und Wachstum zwischen Ökonomie und Kultur“ (2005)
- 3 „Die Zukunft der Demokratie“ (2006)

Die Texte sind in der angegebenen Reihenfolge im Februar der Jahre 2003, 2004 und 2005 geschrieben worden und sie sind dann im jeweiligen Folgejahr im Jahrbuch des Landkreises Hildesheim erschienen.

Mit diesen drei Essays wird der Versuch unternommen, die krisenhafte gesellschaftliche Situation sowie die erkennbaren Zukunftstendenzen im Zusammenhang zu verstehen, zu kritisieren, einige Schlussfolgerungen zu ziehen und zur Diskussion zu stellen.

Bestimmte wichtige Teilthemen konnten dabei leider noch nicht explizit berücksichtigt werden; dies gilt insbesondere für die Bedeutung der Weltmärkte und das internationale politische System. Die hier vorgestellten Überlegungen sind insoweit unabgeschlossen und bedürfen daher einer Weiterentwicklung.

Der Titel dieser Veröffentlichung ergibt sich daraus, dass der „Ökonomismus“ kritisiert wird. Damit ist gemeint, und dies ist auch die Kernthese, dass der auf Grundlage mächtiger Interessen zunehmend durchgesetzte gesamtgesellschaftliche Geltungsanspruch und die tatsächliche Dominanz eines bloßen Teilsystems der Gesellschaft, nämlich der Wirtschaft, - über das gesellschaftliche Ganze sich für dieses geistig, wirtschaftlich und politisch verhängnisvoll auswirkt.

Die Bedingung der Möglichkeit einer Lösung der sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Probleme besteht in einer tiefgehenden Veränderung der realen Gewichtung der Interessen innerhalb der Gesellschaft. Erst wenn eine solche veränderte Gewichtung verwirklicht wäre, könnte die systemisch beschränkte „ökonomische Rationalität der Mittel“ einer offenen „politisch-kulturellen Rationalität der Zwecke“ untergeordnet werden, um dann - auf dieser Grundlage - das neue Feld von Handlungsoptionen demokratisch zu gestalten.

Hannover, Juni 2006

**Günter Buchholz**  
**Das verkehrte Verhältnis von Ökonomie und Kultur**  
Hildesheim 2003  
erstmalig erschienen im Jahrbuch 2004 des Landkreises Hildesheim

## **1 Gesellschaft und Reproduktion**

Die Basis der menschlichen Gesellschaft im Allgemeinen und der bürgerlichen Gesellschaft im besonderen ist - samt ihrer historischen Voraussetzungen - nach wie vor die ökonomische Produktion.<sup>1</sup> Aus ihr ergeben sich auch die Formen der Reproduktion, die mit Alltagskultur gesättigt sind und sich in einer Lebensweise ausdrücken, die sich historisch, ethnisch und regional differenziert, aber auch wechselseitig durchdringt und entwickelt.

Produktion bedeutet in einer modernen bürgerlichen Gesellschaft Produktion von Waren und Dienstleistungen, einschließlich der Tendenz, alles, und daher auch Kulturelles, in Waren bzw. Dienstleistungen zu verwandeln, und sie bedingt damit die Verwechslung von Kultur in ihrer Waren- bzw. Dienstleistungsform und von Kultur im eigentlichen Sinn, nämlich als der Reflexionsform der gesellschaftlichen Entwicklung.

Produktion und Distribution sind der Gegenstand der Ökonomie. Ihre Aufgabe besteht darin, in einer effizienten, d.h. rationellen Art und Weise für die Bereitstellung der Subsistenzmittel, d.h. im weitesten Sinne der „Mittel zum Leben“, für die gesamte Gesellschaft zu sorgen, und dies, um das Niveau des allgemeinen Wohlstandes zu erhöhen, auch auf wachsender Stufenleiter, zumindest solange, wie bei Basisbedürfnissen ein materieller Mangel besteht.

Die Überwindung der Armut ist daher zugleich ein notwendiger, doch gleichzeitig auch ein nicht hinreichender Schritt zur Verwirklichung eines „guten Lebens“, denn sonst fiel dieses mit einem geistlosen Hedonismus zusammen, und sie ist daher zugleich eine Legitimation und ein Leistungsmaßstab für die Ökonomie. Daran gemessen, und insbesondere aus globaler Sicht, kann allerdings unsere derzeitige Wirtschaftsweise kaum als erfolgreich gelten<sup>2</sup>.

In Geldwirtschaften drückt sich das ökonomische Wachstum in einem steigenden Geldeinkommen aus, dessen Verteilung durch die Strukturierung und Schichtung der Gesellschaft bestimmt ist und das dann eine klassen- und schichtspezifische Einkommensverwendung erlaubt. Im günstigsten Fall - nämlich dem der reibungslosen ökonomischen Reproduktion - werden alle produzierten Güter abgesetzt, und durch die Konsumtion werden die Bedarfe – nicht notwendig die Bedürfnisse – gedeckt; nur im - zyklisch eintretenden - Krisenfall gelingt der vollständige Absatz nicht.

Die ökonomische Reproduktion ist aber bei weitem nicht hinreichend für die gesellschaftliche Reproduktion, die neben der ökonomischen auch die biologische, die soziale und die kulturelle Reproduktion der Bevölkerung in sich einschließt, und die daher übergeordnet ist.

## **2 Kultur als Reflexionsform der Gesellschaft**

Kultur im engeren Sinn gehört zum Überbau der produktiven Basis der Gesellschaft, ist zunehmend durch Professionalisierung und Institutionalisierung gekennzeichnet, wird aber in ihren Ausdrucks- und Bewusstseinsformen von der Produktion nicht nur bestimmt, sondern vermag diese rückwirkend auch - wie z. B. vom Theater bewusst intendiert - zu beeinflussen: durch Katharsis, durch Aufklärung, durch Kritik, durch phantastische, absurde und utopische Perspektiven und Konstruktionen, aber auch durch Affirmation und Ideologien.

Die kulturellen Phänomene – Religion, Philosophie, Wissenschaft, Kunst – sind gesellschaftliche Reflexionsformen, d.h. über die Erkenntnis oder die Kreation von Theorien oder die Beschreibung von Gegenständen und Sachverhalten hinaus wird der Blick der Subjekte stets auch auf sie selbst zurückgeworfen. Kultur gibt so der menschlichen Gesellschaft die Chance einer reflexiven Selbsterkenntnis.

Religion ist wohl die älteste, durch das Unverständnis der Welt und zugleich durch die existenziellen menschlichen Erfahrungen und Lebensprobleme bedingte und tradierte Bewusstseinsform. Philosophie ist - nach G. W. F. Hegel - „ihre Zeit, in Gedanken gefasst“, Naturwissenschaft vertieft ständig den analytischen Blick in jene Natur, deren Teil wir selbst unaufhebbar bleiben, um die Naturerkenntnis, wo immer möglich, als Technik zu nutzen, und die Gesellschaftswissenschaften halten der menschlichen Gesellschaft, die sich durch Kultur, Technik und Zivilisation teilweise von der Herrschaft der Natur befreit hat und deren Teil die erkennenden Subjekte sind, einen teils affirmativen, teils kritischen Spiegel vor. Darin ähneln sie der Kunst, die aber die vorgefundene Welt kreativ erweitert und die von Kulturwissenschaften im Hinblick auf ihren Sinn gedeutet wird; Erkenntnis schließt daher immer auch Selbsterkenntnis ein.

Die alle gesellschaftliche Reproduktion durchtränkende Alltagskultur ist Ausdruck von Bedürfnissen und Lebenslagen, von Zeitumständen und Lebensgefühlen, von Gewohnheiten und von Ängsten. Sie mag, etwa in Gestalt der Popkultur, zwar einfacher und unmittelbarer sein als die sogenannte Hochkultur, ist aber ebenfalls eine Reflexionsform, in der sich gesellschaftliche Entwicklungstendenzen darstellen. Im Unterschied zur Hochkultur ist sie massenwirksam, und sie erreicht durch die kommerziell mächtig verstärkte Hebelwirkung eine gesellschaftliche Wirkung, die diejenige der Hochkultur wahrscheinlich überflügelt.

### **3 Soziologische Differenzierungen von Kultur**

Die Widersprüchlichkeit der Interessen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, die Unterschiedlichkeit der Blickwinkel, der Wahrnehmungsweisen und der Möglichkeiten der Teilhabe an der Kultur werden im wesentlichen von der Gesellschaftsstruktur bestimmt, die den Individuen ihren sozial Ort zuweist. Sie bestimmt in der Regel auch, welche Klassen oder Schichten über die Deutungshoheit oder die kulturelle Hegemonie verfügen.

Die gesellschaftliche Schichtung prägt also die kulturelle Produktion und ihre Rezeption. Die Ober- und die Mittelschichten benötigen in der Regel überwiegend affirmative, oft traditionelle Kultur und Kunst, um einen identitätssichernden Lebensstil ausbilden zu können, zu dem auch die gesellige Repräsentation gehört; daher besteht eine Bereitschaft, kulturelle Institutionen zu gründen und zu finanzieren, und dies ist die Grundlage für deren relative Verselbständigung und für die Professionalisierung kultureller Berufe. Allerdings werden für die Finanzierung der „Hochkultur“ in beträchtlichem Umfang auch öffentliche Mittel eingesetzt, die durch höhere direkte Beiträge der Nutzer reduziert werden könnten.

Die Unterschichten sowie Teile der Mittelschichten orientieren sich weitgehend an der populären Kultur - oder sie entwickeln eine alternative Kultur, deren kreative Impulse gesellschaftlich verallgemeinert werden. Zugleich stellen sie dann auch ein Potenzial für kritische „hochkulturelle“ Kulturangebote dar.<sup>3</sup>

## 4 Die Bedeutung der Ökonomie

Aus Sicht der gesellschaftlichen Reproduktion hat die Ökonomie eine recht beschränkte Aufgabe, nämlich auf rationelle Weise für die Herstellung und Verteilung der gesellschaftlich benötigten Güter und Dienstleistungen zu sorgen.

Tatsächlich hat die Ökonomie heute aber eine weit größere, sogar eine die Gesellschaft dominierende Bedeutung, und dieser Sachverhalt ist die Ursache von Folgeproblemen, um die es hier im Kern geht.

Ausgangspunkt ist - unter der historischen Voraussetzung der Verfügbarkeit „freier Arbeitskräfte“ - die Verausgabung von Geld als Kapital, oder betriebswirtschaftlich formuliert: die Investition, die bekanntlich in Erwartung zukünftiger Gewinne getätigt wird.

Die Geldwirtschaft wird, ebenso wie die diese Produktionsweise regulierenden, historisch begrenzten ökonomischen Gesetze, durch die Investition als eine kapitalistische konstituiert, woraus sich die umfassende strukturelle gesellschaftliche Macht der Investoren, ihre stille Dominanz über das gesellschaftliche Ganze ergibt, dessen Widersprüchen sie gleichwohl ausgesetzt bleiben.

In einer kapitalistischen Ökonomie erscheint die gesellschaftliche Arbeit als Wert und in verschiedenen Wertformen, und die Ökonomik ist daher die Wissenschaft vom Wert.<sup>4</sup> Die Dialektik der Wertformen führt aus innerer Notwendigkeit zu Wettbewerb und Wachstum, Selbstverwertung und Krise, Reichtum und Armut, Verteilungskonflikten und einer Verteilungsungleichheit, sowie auch zu einer ungleichmäßigen ökonomischen Entwicklung.

Einerseits existiert dadurch zwar ein endogener wirtschaftlicher Fortschritt, andererseits aber führt die Selbstverwertung des abstrakten Werts zu einer Entkopplung von den konkreten Bedürfnissen der Menschen und zu einer Verselbständigung des Wachstums.

Dessen Verteilung ist jedoch aus globaler Sicht so ungleichmäßig, dass trotz des Reichtums einiger Volkswirtschaften von einer Lösung des globalen ökonomischen Problems gar keine Rede sein kann, und das anhaltende Bevölkerungswachstum, insbesondere in den armen Ländern, bedingt einen Migrationsdruck, der weltweit erhebliche gesellschaftliche Integrationsprobleme aufwirft.

Aus der Ökonomie als einem schlichten Mittel der Bedürfnisbefriedigung durch gesellschaftliche Arbeit ist auf diese Weise ein abstrakter, monetärer Prozess geworden. Die unbeschränkte Akkumulation abstrakten Reichtums in Form von Geld ist nicht - oder nur als unerwünschte Nebenwirkung - bedürfnisbezogen, sondern ein reiner Selbstzweck. Das menschliche Maß des rationalen wirtschaftlichen Handelns, das beispielsweise noch den Begriff der Sättigung bestimmt, ist damit prinzipiell durchbrochen.

Die maßlose Selbstverwertung des Werts – der gewissermaßen als ein „automatisches Subjekt“ fungiert - ist seit langem zum bestimmenden, sich - in letzter Instanz - auch politisch durchsetzenden gesellschaftliche Regulativ geworden. Die ökonomischen Begriffe und Denkweisen werden in gesellschaftliche Bereiche exportiert, in die sie gar nicht gehören, zum Beispiel in Zusammenhänge der sozialen und der kulturellen Reproduktion.

Wird etwa der ökonomische Nutzenbegriff zum Maßstab von Bildung, dann wird diese auf bloße Ausbildung reduziert. Wird er zum Maßstab für Kultur, dann wird Kultur auf eine Ware, eine Dienstleistung oder einen Standortfaktor reduziert, und ethische Probleme

werden allein durch die utilitaristisch-pragmatische Brille betrachtet und tendenziell im Sinne der abstrakten Ökonomie beantwortet.

Dieser „Imperialismus“ ökonomischer Begrifflichkeiten, Theorien und Kalküle ist, m.E. berechtigterweise, vielfach kritisiert worden. Allerdings prägt dieser metastasenartig sich ausbreitende ökonomische Begriffs- und Verhaltensimperialismus tatsächlich zunehmend das Denken und Verhalten, was, indem die soziale Wirklichkeit sich an ihre ökonomistische Reduktionsform anpasst, zu schwerwiegenden Verlusten führt. Und der schwerwiegendste Verlust dürfte wohl der des kritisch - selbstreflexiven gesellschaftlichen Bewusstseins sein.

Trotz ihrer derzeitigen Dominanz ist aber die Ökonomie aus Sicht der gesellschaftlichen Reproduktion und der kulturellen Entwicklung weiterhin nichtsdestoweniger eine bloße Sphäre der Mittelbeschaffung, die nur die Voraussetzungen schafft für die eigentlich gültigen, die kulturellen Zwecke, die für ein „gutes Leben“ maßgeblich sind.

## **5 Das Verhältnis von Ökonomie und Kultur**

Die weitgehend verwirklichte Unterordnung von Gesellschaft und Politik unter ökonomische Ziele reduziert in der Tendenz das kollektive Bewusstsein auf ökonomistische Schrumpfformen, indem jedes eigenständige, nichtökonomische Argument durch umgehenden Rückbezug auf ökonomische Kategorien (Kosten, Wettbewerb, Arbeitsplätze, Staatsschulden, Inflation usw.) annulliert wird.

Wenn der freie Blick und der selbstkritische Diskurs im Hinblick auf Sinn und Zweck, auf Werte und Ziele, auf Ethik und Politik überhaupt ermöglicht werden soll, dann bedürfen die grundsätzlichen gesellschaftlichen Fragen, z.B. im Hinblick auf neuartige technologische Möglichkeiten, zunächst einer unbeschränkten, offenen Erörterung.

Ökonomische Interessen und Restriktionen dürften, um den Diskurs nicht zu blockieren, folglich erst dann thematisiert werden, nachdem die grundsätzlichen Fragen geklärt sind, z. B. sobald eine tragfähige Begründung für oder gegen eine bestimmte neue Technologie entwickelt worden ist. Denn nun geht es nicht mehr um die Ziele, sondern um die Mittel und deren Rationalität, sowie um ökonomische Randbedingungen und Wirkungsweisen.

Eben dieser dringend notwendige emanzipatorische Diskurs, durch den die gesellschaftliche Zweitrangigkeit der Ökonomie überhaupt erst deutlich erkennbar werden würde, wird aber - bewusst und unbewusst - verhindert, um die usurpierte Herrschaft der Ökonomie in der Gesellschaft nicht zu gefährden, aber auch weil eine Alternative von denen, die ihr Denken wie selbstverständlich dem Vorranganspruch der Ökonomie unterordnen, nicht einmal gedacht oder vorgestellt werden kann.

Diese Verkehrung von Ökonomie und Kultur, von Mittel und Zweck schlägt die Gesellschaft - der Tendenz nach - mit Blindheit, Unwissen und Bewusstlosigkeit. Denn es wird damit gerade das eliminiert, was kulturelle Prozesse - und nur sie - prinzipiell leisten können, die Entstehung von Bewusstheit nämlich.

Kulturelle Prozesse sind gesellschaftliche Prozesse, die der Gesellschaft die Entstehung und Entwicklung ihres kollektiven Bewusstseins ermöglichen, insbesondere dann, wenn der Druck realer Krisen oder Katastrophen die Lernprozesse beschleunigt. Und sie eröffnen praktische Handlungsoptionen, die sonst gar nicht erst bewusst geworden wären.

Ein positives Beispiel hierfür ist m.E. die anhaltende ökologische Debatte, in der naturwissenschaftliche Erkenntnisse im Rahmen einer öffentlich geführten politischen Debatte derart auf die Ergebnisse dieses öffentlichen Meinungsbildungsprozesses

zurückbezogen worden sind, dass Handlungsalternativen erkennbar wurden und teils durchgesetzt werden konnten. Allerdings ist dasselbe Beispiel auch hervorragend geeignet, die hartnäckige Widerständigkeit der Ökonomie gegen den Anspruch einer übergeordneten Rationalität zu veranschaulichen.

Wie das Beispiel zeigt, ist die Lage keineswegs hoffnungslos, was auch Mut macht, aber sie bleibt schwierig. Es ist oft, als hätte der „Zeitgeist“ ein Tabu verhängt über jeden kritischen Gedanken, insbesondere auf dem Gebiet der Ökonomie selbst; die herrschende ökonomische Wissenschaft verkennt weitgehend ihren eigenen, ideologischen Charakter.

Für die Funktionseliten gibt es Diskursmöglichkeiten, was diesen nützt, aber die Gesellschaft partizipiert hieran zumeist nicht in der nötigen Breiten und Tiefe, da die Medien ihre Möglichkeiten trotz einzelner sehr positiver Beispiele nicht ausschöpfen, sondern in ihrer Gesamtheit aktiv am Zerfall des Bewusstseins mitwirken. Deshalb sollte m. E. die Einrichtung kommunaler Diskussionsforen erwogen werden.

Die Flachheiten einer hedonistischen, kommerzialisierten medialen Massenkultur geben in der Tat Grund zur Sorge, nicht nur, aber insbesondere im Hinblick auf die politische Bildung der Jugend. Denn wenn die Fähigkeit eines Erwachsenen, die eigenen Interessen zu erkennen und sie zu den Problemen der Zeit in Beziehung zu setzen, um daraus selbst ein vernünftiges politisches Urteil abzuleiten und entsprechend zu handeln, nicht mehr hinreichend ausgebildet wird, dann besteht wenig Hoffnung auf gesellschaftliche und politische Gegengewichte gegen die herrschenden Funktionseliten mit ihren Ideologien und Interessen, dann besteht wenig Hoffnung auf praktizierte Demokratie. Und nur die in ihr - als einer höchst entwickelten Form selbstbewusster gesellschaftlicher Interaktion - liegenden Möglichkeiten werden den geschichtlichen Horizont öffnen können.

## **6 Kultur- und Wirtschaftspolitik**

Die konstatierte Verkehrung von Mittel und Zweck, von Ökonomie und Kultur ist das Problem, für das eine Lösung zu finden ist. Die Hauptgefahr besteht in einem tendenziellen Zerfall des gesellschaftlichen Bewusstseins. Die sich daraus ergebende anwachsende Unfähigkeit zur Erkenntnis und zur Lösung globaler gesellschaftlicher Reproduktionsprobleme (Wachstumsschwäche, soziale Verelendungstendenzen, ökologische Krise, Bevölkerungsproblematik) gefährdet endlich auch die jetzt dominante, aber inhaltlich überforderte ökonomische Rationalität und die Ökonomie selbst.

Nicht nur die Reproduktionskrisen der Gesellschaft drängen daher auf die Zurückstufung der Ökonomie, auf eine Beschränkung auf ihre eigentliche, wichtige, aber beschränkte Aufgabe, sondern die Ökonomie, die an ihrer eigenen Hybris zu scheitern droht, benötigt für sich selbst die Zurückstufung und Entlastung. Dazu ist aber ein gesellschaftliches Lösungspotential erforderlich, das durch den tendenziellen Zerfall des Bewusstseins vom Verschwinden bedroht ist. Die Usurpation der Gesellschaft durch die Ökonomie muss daher überwunden werden.

Zwar ist einerseits die starke Tendenz einer Vertiefung der Verkehrung von Mittel und Zweck durch immer weiterreichende Ökonomisierungsprozesse - auf der Ebene des gesellschaftlichen Seins und ebenso auf der des Bewusstseins - erkennbar, aber andererseits gibt es auch gegenläufige Tendenzen einer gesellschaftlichen Bewusstseinsbildung, die darauf abzielt, die ökonomische Rationalität partiell wieder zurückzustufen, nämlich von einer das Ganze bestimmenden Rationalität auf eine Teilrationalität, d.h. ihr genau die Rolle zuzuweisen, die ihr im Hinblick auf die gesellschaftliche Reproduktion tatsächlich zukommt.

Erforderlich dafür sind Wissen, politische Bildung und eine reorganisierte gesellschaftliche Macht.

Wenn im politischen Raum verstanden und akzeptiert wird, dass jede Förderung kulturell bildender Aktivitäten hilfreich ist, um einen offenen Reflexionsraum für gesellschaftliche Probleme zu erzeugen oder zu erweitern, dass die Förderung von Kultur das kreative und innovative Potenzial der Gesellschaft aktiviert und zugleich das Kritik- und Urteilsvermögen schärft, dann wird deutlich werden, dass dadurch die Problemlösungskompetenz der Gesellschaft ebenso zunimmt wie ihre ökonomische Innovationskraft.<sup>5 6</sup> Und die Gesellschaft wird durch die damit gegebene erweiterte Partizipationsfähigkeit auch demokratischer.

---

<sup>1</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, Marx-Engels-Werke Bd. 3, Berlin 1973, S. 20 ff.

<sup>2</sup> Jerry Mander/Edward Goldsmith (Hg.): Schwarzbuch Globalisierung – Eine fatale Entwicklung mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern, München 2002;

Michel Chossudovsky, The Globalisation of Poverty. Impact of IMF and World Bank Reforms, Penang 1997, deutsch: Global Brutal – Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg, Frankfurt/Main 2002;

Noam Chomsky: Wirtschaft und Gewalt – Vom Kolonialismus zur neuen Weltordnung, 2. Aufl., Lüneburg 2001  
Die in diesen Publikationen aufgegriffene höchst bedeutsame Problematik ist m. E. zugleich ein Beispiel für ein inadäquates und unzureichendes öffentliches Bewusstsein.

<sup>3</sup> Wichtige ergänzende und konkretisierende Überlegungen finden sich in: Max Fuchs: Kulturpolitik in Zeiten der Globalisierung, sowie Michael Opielka: Kunst und Kultur im Wohlfahrtsstaat, beide in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament vom 17. März 2003

<sup>4</sup> Michael Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert – Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition, 2. Aufl., Münster 2001, und Karl Marx: Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie, 3 Bde., Marx-Engels Werke 23 – 25, Berlin

<sup>5</sup> Als theoretischer Pionier auf dem Gebiet der ökonomischen Innovationstheorie gilt der Volkswirt Joseph Alois Schumpeter.

<sup>6</sup> Im Hinblick auf den Ist-Zustand in der **Region Hildesheim** heißt es im „**Regionalen Entwicklungskonzept für die Wirtschaftsregion Hildesheim**“ (Hannover 1998, S. XIII):

„Von einzelnen Ausnahmen abgesehen ist die Wirtschaft der Region durch überwiegend traditionelle Strukturen und eine **ausgeprägte Innovationsschwäche** gekennzeichnet“, und: es besteht ein „**erheblicher Handlungsbedarf im Bereich der Innovationsförderung kleiner und mittlerer Betriebe**“.



**Günter Buchholz**  
**Innovation und Fortschritt zwischen Kultur und Ökonomie**  
Hildesheim 2004  
zuerst erschienen im Jahrbuch 2005 des Landkreises Hildesheim

*„Wir müssen die dynamischen Methoden des Kapitalismus nutzen, um Gewinn zu machen – und diese dann auf umso nützlichere und sinnvollere Weise anderen zugute kommen lassen. Aus ethischer wie aus praktischer Sicht ist dies eine der besten Möglichkeiten, gesellschaftliche Veränderungen herbei zu führen.“*  
Dalai Lama <sup>1</sup>

### ***1 Warum wir dumm werden***

- *Die Fähigkeit der Gesellschaft, ihre Probleme, soweit sie aufgrund fundamentaler Widersprüche überhaupt lösbar sind, auch tatsächlich zu lösen, hängt von ihrer kollektiven Bewusstheit ab.*
- *Die kollektive Bewusstheit der Gesellschaft wird im Wesentlichen durch ihre Fähigkeit zur umfassenden Selbstreflexion auf der kulturellen Ebene bestimmt.*
- *Die Qualität der gesellschaftlichen Selbstreflexion bestimmt ihre Fähigkeit einer realitätsgerechten, vernünftigen, sinnvollen und ethisch verantwortbaren politischen Zielsetzung und Strategie.*
- *Ökonomie ist für den Zweck der gesellschaftlichen Reproduktion ein bloßes Mittel. Daher ist ökonomische Theorie nicht weniger, aber auch eben nicht mehr als eine „Logik der Mittel“, deren unbemerkte Dominanz über das gesellschaftliche Bewusstsein einer autonomen und umfassenden Ziel- und Strategiereflexion entgegenwirkt.*
- *Die ökonomische Theorie ist prinzipiell außerstande, außerökonomische gesellschaftliche Probleme begrifflich angemessen zu erfassen. Sie ist daher auch nicht imstande, Lösungen zu finden. Ökonomische Lösungen sind immer nur Lösungen im Hinblick auf die Beschaffung, Herstellung, Verteilung und Verwendung notwendiger Mittel. Dies ist der Horizont des ökonomischen Denkens.*
- *Die Dominanz der Ökonomie über die Gesellschaft und damit auch über das gesellschaftliche Bewusstsein wirkt der gesellschaftlichen Fähigkeit zur Selbstreflexion, zur Ziel- und Strategieformulierung entgegen, und zwar unbemerkt. Tendenziell werden wir deshalb kollektiv dumm. Eben dies ist das zentrale Problem.<sup>2</sup>*

### **2 In der gesellschaftlichen Krise**

Die bürgerliche Gesellschaft befindet sich gegenwärtig in einer Krise, die sich aus verschiedenen, sich wechselseitig verstärkenden Teilkrisen (der Ökonomie, des Sozialstaats, der Familie und der biologischen Reproduktion, der Kultur und des gesellschaftlichen Bewusstseins, der Politik) ergibt.

Die Krise zu begreifen bedeutet, sie in eine Kritik der Gesellschaft zu überführen. Es handelt sich bei dieser Krise um den Ausdruck tieflyingender innerer Widersprüche der Gesellschaft in Verbindung mit besonderen historischen Umständen.

#### **2.1 Ökonomie**

Die *Ökonomie* durchläuft seit mehreren Jahren eine Wachstumskrise, und auch die aktuelle Erholung bleibt schwach. Durch die herrschende neoklassisch-monetaristische Wirtschaftspolitik wird sie nicht nur nicht unterstützt, sondern die an fiktiven

Gleichgewichtsmodellen orientierte regelgebundene Geld- und Fiskalpolitik, die einseitig an Preisniveaustabilität orientiert ist, treibt die Ökonomie mittlerweile an den Rand einer Deflationskrise<sup>3</sup>. Sie droht eine langfristige ökonomische Depression einzuleiten; die seit langem beobachtbare ökonomische Entwicklung in Japan ist hierfür ein warnendes Beispiel<sup>4</sup>.

Unter den durch die Globalisierung veränderten Randbedingungen – insbesondere der Dominanz der Finanzmärkte - und in Verbindung mit einer machtpolitisch abgesicherten Tabuisierung der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums wird ein Standortwettbewerb betrieben. Dieser bewirkt aufgrund eines bereits mehrere Jahrzehnte anhaltenden massiven Ungleichgewichts am Arbeitsmarkt, welches sich in der Massenarbeitslosigkeit ausdrückt, in der sich nach Osten erweiternden Europäischen Union eine langfristig wirksame Reallohnsenkungstendenz. Sie wird sich voraussichtlich auch gegen die Politik der „organisierten Arbeit“ (die Gewerkschaften) durchsetzen und damit zugleich einer Zunahme der Konsumgüternachfrage auf dem europäischen Binnenmarkt - und damit eine Erholung des Wachstums von dieser Seite - entgegenwirken.

Da zugleich - auch durch die schwach bleibenden „öffentlichen Investitionen“ (Gemeinden, Länder, Bund) - ein endogener Aufschwung verhindert wird, richten sich alle positiven Wachstumserwartungen auf den außereuropäischen Export. Damit wird die ökonomische Entwicklung der europäischen Wirtschaft aber abhängig von der Dynamik der Märkte in den USA und in Ostasien, von Wechselkursschwankungen und von den Maßnahmen der außereuropäischen Wirtschaftspolitik.

Soweit es zukünftig zu den von der neoliberal - merkantilistischen Wirtschaftspolitik erwarteten exportbedingten Wachstumsimpulsen kommen sollte, wird dennoch eine Erholung wegen der Entkoppelung der Binnenmarktentwicklung von der exportgetriebenen Belebung sowie wegen einer Entkoppelung der finanziellen von der realen, industriellen Akkumulation (d. h. durch die Verselbständigung von Finanzspekulationen) schwach bleiben.

## **2.2 Demographie und Sozialstaat**

Parallel hierzu haben sich in der *Gesellschaft* nachhaltige und folgenreiche familiäre und demographische Veränderungen vollzogen. Die Familien unterliegen anscheinend einer fortschreitenden Zerfallstendenz. Die Geburtenzahl (Natalität) ist viel zu stark gesunken, die Lebenserwartung ist gestiegen, und die Folge ist eine immer ungünstiger werdende Altersstruktur. Auch durch eine notwendige Zuwanderung (die aber Integrationsprobleme mit sich bringt) kann diese Situation nicht durchgreifend verbessert werden.

Die sich daraus ergebenden zunehmenden Anforderungen an den Sozialstaat (Sozialversicherungs-Systeme und Sozialhilfe) wirken über steigende Brutto-Löhne auf die private Ökonomie ein, die sich im Interesse ihrer Profitabilität und vermittelt über die staatliche Politik zur Wehr setzt, während die betroffenen Lohnabhängigen und Rentner gegenüber der „Politik des Sozialabbaus“ mit Legitimationsentzug reagieren oder auf vermeintliche Alternativen setzen.

Es geht bei dem sogenannten „Umbau des Sozialstaats“ auch um die Abwehr der Kosten der „Wiedervereinigung“ (1989), denn deren Kosten waren durch Belastung der Sozialversicherung zunächst einseitig auf die Arbeiter und Angestellten abgewälzt worden. Auf diese Weise hat sich eine mit der Ökonomie verquickte, spezifisch soziale Krise entwickelt.

## 2.3 Bewusstsein und Politik

Die immer noch zunehmende Dominanz des ökonomischen Teilsystems der Gesellschaft über das Gesamtsystem hat eine - medial verstärkte – *Bewusstseinskrise* ausgelöst, die sich in der Dominanz neoliberaler Ideologie und einer entsprechenden Einschränkung von Denk- und Handlungsalternativen für die gesamte Gesellschaft, und daher auch für die Kultur und die Politik, ausdrückt.

Die kulturelle Sphäre, die eigentliche Reflexions- und Bewusstseinsphäre im Hinblick auf das gesellschaftliche Ganze, wird faktisch eingeschränkt und abgewertet. Die herrschende neoliberale Ideologie verstärkt, weil sie die Ideologie der Herrschenden ist, trotz ihres praktischen Versagens ihren Einfluss, und sie beschränkt in gleichem Maße den kulturellen Denkhorizont. Damit ist das gesellschaftliche Potenzial kreativer Problemlösungen einem Schrumpfungprozess ausgesetzt, während der sich aus der gesellschaftlichen Reproduktionskrise ergebende Problemdruck fortlaufend ansteigt.

Die Bewusstseinskrise und die Erosion der gesellschaftlichen Problemlösungskapazität resultieren unter der Vorherrschaft der Ökonomie aus der Dialektik von verfestigter, internalisierter „Berufsrolle“ (der sogenannten „Charaktermaske“) und „Subjekt“, zwischen denen der Bildungsprozess schwingt. Beide sind identisch und gleichermaßen nichtidentisch. Identisch sind Sie, insofern das menschliche „Subjekt“ im Verlauf des historischen Prozesses (d. h. der Herausbildung und Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft) seiner jeweiligen „gesellschaftlichen Formbestimmung“ untergeordnet wird. Aber die menschlichen Subjekte sind und bleiben mit ihren jeweiligen Berufsrollen nichtsdestoweniger auch nichtidentisch. Und diese Nichtidentität kann sich als Autonomie und im Grenzfall als Revolte des Subjekts darstellen, wenn, wie z. B. Gauguin gezeigt hat, eine „bürgerliche Existenz“ zugunsten eines Daseins als Künstler aufgegeben wird.

## 2.4 Subjekt und Gesellschaft

Das Spannungsverhältnis zwischen diesen beiden Polen ist von erheblicher Bedeutung. Die zunehmende Dominanz der Ökonomie über die Gesellschaft wird als Tendenz zur Kommerzialisierung unmittelbar erfahrbar, und dieser entspricht die – sich als Gebot individueller Klugheit ergebende - Ökonomisierung der individuellen Handlungskalküle. Das tendenziell rational handelnde Subjekt passt sich an die ökonomisch bestimmten Berufsrollen oder „Charaktermasken“ an. Das Subjekt zieht sich aber durch diesen notwendigen Anpassungsprozess gleichsam selbst aus dem ökonomischen Bereich zurück und entfaltet seine Autonomie und sein Potenzial allenfalls außerhalb dessen, z.B. als familiäre „Eigenarbeit“, als „ehrenamtliche“ Tätigkeit, als religiös motivierte Aktivität, als politisches Engagement, als sogenanntes Hobby, usw.

Aber die ökonomische Irrelevanz seines Tuns entwertet das an seine Berufsrolle (oder Charaktermaske) angepasste Subjekt. So wird das Subjekt - schlimmstenfalls - derart geschwächt, dass es sich dem Anspruch der Gesellschaft, d. h. dem Druck der Berufsrolle nicht mehr entgegenstellen kann. Es wird gleichsam absorbiert. Dann aber ist der Verlust der Berufsrolle – z. B. durch Arbeitslosigkeit, durch Konkurs, durch Pensionierung - häufig nicht nur die Erfahrung der sozioökonomischen Entwertung mit dem Gefühl des Selbstwertverlustes, sondern konfrontiert außerdem unmittelbar mit der Leere des Subjekts, einer erschreckenden Erfahrung des Nichts oder der Todesnähe, die in Angst und Depression umschlägt. Im Punkt der vollständigen Funktionalisierung des Subjekts durch die Ökonomie ist eine Reflexion außerhalb ökonomischer Kategorien kaum mehr möglich. Das Subjekt

verfügt dann kaum noch über den Ansatzpunkt und die innere Kraft zu dem Widerstand, durch das es sich retten könnte. Daher kommt es darauf an, das Widerstandspotenzial des Subjekts rechtzeitig gegen die Anforderungen und Zumutungen der Ökonomie zu stärken.

## **2.5 Subjekt und Bildung**

Eine wichtige Möglichkeit hierzu liegt in der Bildung. Sie erlangt in einer „Wissensgesellschaft“, in der unqualifizierte Arbeit durch Maschinen ersetzt, in einen Niedriglohnsektor verdrängt oder in Niedriglohnländern verlagert wird, eine auch soziologisch überragende Bedeutung, weil die funktionale Ausbildung massenhaft immer höhere Qualifikationen erfordert. Deren Vermittlung ist unvermeidlich mit Bildungsprozessen verbunden, was denjenigen Interessenvertretern, die eine möglichst weitgehende Funktionalisierung der Ausbildung anstreben, oft gar nicht gefällt.

In diesen Bildungsprozessen liegt die Chance der Produktion eines gesellschaftlichen Überschusses an Bewusstsein, was vielleicht einmal eine Art „kritischer Masse“ erreichen könnte. Aber dieser Prozeß muß gegen die Ökonomisierungstendenz behauptet werden. Und einschränkend zu bedenken ist auch, dass dieser mögliche zukünftige Überschuss an Bewusstsein nur eine notwendige, nicht aber eine hinreichende Bedingung für ein politisches Handeln ist, das die Reform der Produktionsverhältnisse zum Gegenstand hat.

Während „Ausbildung“ eine gesellschaftliche Vermittlung von Kompetenzen (Kenntnisse, Fertigkeiten usw.) zur Anpassung an eine bestimmte Berufsrolle („Charaktermaske“) ist, handelt es sich bei „Bildung“ bzw. bei der Ingangsetzung und Förderung von Bildungsprozessen darum, das Subjekt zu befähigen, verschiedene gesellschaftliche Rollen zu übernehmen und dabei dennoch fähig zu bleiben, stets die Distanz zur jeweiligen Berufsrolle aufrechtzuerhalten und darüber hinaus fähig zu bleiben, sich von diesen Rollen zu distanzieren und - falls nötig - aus ihnen herauszutreten und autonom zu handeln. Eine gebildete Person ist daher primär nicht durch funktionale Leistung, sondern durch die Fähigkeit gekennzeichnet, trotz eines funktional erfolgreichen Adaptationsprozesses die strukturelle Vorherrschaft des Subjekts gegenüber den jeweiligen Berufsrollen („Charaktermasken“) zu behaupten und damit seine Autonomie als Subjekt zu wahren.

Dies muss aber innerhalb des Bildungssystems gegen die Ökonomisierungstendenz, der es unterworfen ist, erst durchgesetzt werden, weil diese Tendenz - wie derzeit im Hochschulbereich beobachtbar - dazu führt, immer weniger zu „bilden“ und immer mehr „auszubilden“, und d. h. für nützliche Funktionen abzurichten. Die derzeitige neoliberal inspirierte Ökonomisierung der Hochschulen ist ein rückschrittliches und blindes Moment der gesellschaftlichen Verdummung.

## **2.6 Gesellschaftliches Bewusstsein und Politik**

Aus diesen ökonomischen, soziologischen und bewusstseinsmäßigen Aspekten ergibt sich die derzeitige Krise der Politik, die zwar versucht, systemische Veränderungen als Strategie von Reform unter dem Leitbegriff der Modernisierung zu kommunizieren, aber als Konsequenz der gesellschaftlichen Bewusstseinskrise (bisher) nicht in der Lage ist, im Denken und im Handeln den aufgeherrschten neoliberalen Ökonomismus analytisch und konzeptionell zu überwinden.

Die Politik reagiert auf die gesellschaftliche Krise in ihrem Selbstverständnis pragmatisch, tatsächlich aber ohne hinreichende Analysen und konzeptionelle Vorstellungen und mit

aktionistischem Handeln, und sie laviert dabei zwischen unterschiedlich mächtigen gesellschaftlichen Partialinteressen, bleibt damit aber weithin unter dem Niveau der Probleme. Das entscheidende Problem liegt darin, dass die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse nicht thematisiert werden dürfen. Dies gilt auch, soweit die Politik auf die ökonomischen und sozialstaatlichen Ausdrucksformen der gesellschaftlichen Krise mit einer Reformstrategie unter dem Leitbegriff der „Modernisierung“ strategisch zu reagieren versucht.

Reformen werden heute als „Modernisierung“ bezeichnet. Eine Analyse der Modernisierungsprojekte auf verschiedenen Politikgebieten zeigt aber, dass sie eine Form der „Amerikanisierung“, der Privatisierung des staatlichen Handelns überhaupt und auch des Rückbaus des Sozialstaats darstellen. Die Notwendigkeit und Sinn werden aber nicht rational begründet und diskursiv vermittelt, sondern interessengetrieben und medial aufgerüstet kampagnenförmig durchgesetzt. Zum ersten kann dies als Ausdruck der kulturellen Hegemonie der USA begriffen werden, zum zweiten als Folge der Tabuisierung der zentralen Verteilungsfrage, und zum dritten als Verlust originärer analytischer und konzeptioneller Kompetenzen.

Die parteipolitischen Programmatiken beziehen sich auf Ideologien, insbesondere den Neoliberalismus, bleiben analytisch-konzeptionell aber weitgehend fundleer. Während die Unionsparteien den Neoliberalismus modernistisch und konservativ interpretieren, versteht die Sozialdemokratie den Neoliberalismus als „Sachzwang“, der durch Herstellung relativer sozialer Gerechtigkeit (praktisch nur innerhalb der Gesamtheit der Lohnabhängigen) zu korrigieren ist. Und die Grünen betonen die ökonomischen Effekte ökologischer Politik, während die Freien Demokraten sich als ökonomistische Fundamentalisten darstellen.

## **2.7 Strukturen gesellschaftlicher Herrschaft**

Das Wahlvolk nimmt die „politische Klasse“ als die maßgeblich gestaltende Gruppe der Gesellschaft wahr. Das ist insofern zutreffend, als sie der personelle Träger der staatlichen politischen Prozesse ist. Wahrgenommen wird auch noch, daß sich zwischen die politische Klasse und die unterschiedlichen gesellschaftlichen Partialinteressen Verbände geschoben haben, die durch ihre publizistische Wirkung und ihre Lobbyarbeit eine wichtige gesellschaftliche Rolle spielen.

Die systematischen Grenzen der Handlungsspielräume der „politische Klasse“ werden aber verkannt, insofern diese als allein maßgeblich und entscheidend begriffen wird. Die Einbettung des politischen Handelns in eine übergreifende, strukturbestimmende „Herrschaft der Investoren“ wird nicht gesehen.

Die Beziehung zwischen Herrschaft und bürgerlich-demokratischer Regierung ist eine dialektische: Herrschaft und Regierung sind nicht identisch, sondern entgegengesetzt, und zugleich sind sie identisch, also ein und dasselbe.

Die Regierenden sind nicht die Herrschenden. Die Herrschenden werden nicht gewählt, und sie regieren auch nicht: sie lassen regieren. Nur die Regierenden werden in einer bürgerlich-demokratischen Demokratie gewählt, nicht aber die Herrschenden. Regieren in einer bürgerlichen Demokratie bedeutet, die Interessen der Herrschenden mit den Interessen der Wähler so zu vermitteln, daß die Beschaffung von demokratischer Legitimität gelingt.

Weil Herrschaft strukturellen Charakter hat, als ein Regieren und Opponieren in Erscheinung tritt und eben deshalb so wahrgenommen wird, erliegen die Beherrschten, also die Wähler, durch diesen politischen Prozess der Legitimationsbeschaffung dem realen Schein, dass die Regierenden tatsächlich herrschen.

Verstünden die Wähler, dass die Regierenden eben nicht (unabhängig) herrschen, sondern für die Herrschenden regieren (und nur in dieser Vermittlung herrschen), dann wäre gesellschaftspolitisch etwas Wesentliches erreicht, denn die Kritik der Beherrschten, der Masse der Wähler, richtete sich dann tendenziell nicht länger gegen wechselnde Fraktionen und Koalitionen der Regierenden, sondern gegen die sie „einbettenden“ Strukturen der Herrschaft selbst.

Herrschaft ist in gesellschaftlichen Verteilungsstrukturen fundiert, und sie vollzieht sich daher nicht wirklich durch politisches Handeln; dieses bleibt den je Regierenden überlassen. Aber deren Handeln ist – mit beträchtlichen Spielräumen – strukturell vorbestimmt, gerichtet und begrenzt, also: „eingebettet“.

Was den Herrschenden dabei in die Hände spielt, ist die „Selbstverwertung des Werts“, also die Tatsache, daß die private, am Gewinn orientierte Verwendung von Geldkapital (Investition) die historischen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Ökonomie bestimmt. Weil sie als „ökonomischer Sachzwang“ erscheint, bestimmt die Logik der Investoren überwiegend die verschiedenen Bereiche der Politik, insbesondere aber die Wirtschaftspolitik, deren Rolle darin besteht, rentabilitätssichernde Rahmenbedingungen zu schaffen.

Das reale Übergewicht der Ökonomie bestimmt in Form scheinbar unausweichlicher Denkformen und Denknöten – als „Ökonomismus“ - wie selbstverständlich auch das kollektive Bewusstsein, und zwar um so mehr, je praktischer und pragmatischer sich dieses selbst versteht. Und die Unterordnung des politischen Denkens unter die Logik ökonomischer Gesetzmäßigkeiten führt faktisch, aber nicht notwendig bewusst oder der Absicht nach dazu, daß das Handeln der Regierenden effizient im Interesse der Herrschenden erfolgt.

### **3 Geschichte und Fortschritt**

Gemessen an der Zeitachse der Naturgeschichte ist die menschliche Gattung sehr jung; ihre afrikanischen Wurzeln reichen lediglich etwa 5 Millionen Jahre zurück. Ihre Zahl war gering, und ihr Überleben war lange gefährdet und höchst unsicher. Ein Aussterben war über sehr lange Zeiträume nicht ausgeschlossen und hat sich innerhalb der Gattung *homo* mehrfach vollzogen; am bekanntesten ist der Fall des Neandertalers.

Auf seiner Wanderung aufwärts der Donau gelangte der moderne Mensch erstmalig während der letzten Eiszeit vor etwa 30 – 40 000 Jahren nach Zentral- und Westeuropa. Funde in den Höhlen der Schwäbischen Alb sowie in Frankreich dokumentieren, daß der moderne Mensch nicht nur als Werkzeugmacher, sondern, wie Statuetten, Musikinstrumente und Höhlenbilder zeigen - von Anfang an immer auch als Künstler aufgetreten ist.

Vor rund 10 000 Jahren setzte im „fruchtbaren Halbmond“ des Vorderen und Mittleren Orients die „neolithische Revolution“ - d. h. der Übergang zum Ackerbau – ein. Mit diesem Heraustreten aus der bisherigen Naturgeschichte der Gattung begann die eigentliche „Geschichte“, nämlich jene der menschlichen Kulturen und Gesellschaften.

Vor rund 5 000 Jahren entstanden in diesem Raum die bekannten Hochkulturen in Form „orientalischer Despotien“<sup>5</sup>, und vor etwa 2 500 Jahren ereignete sich die „Geburt des modernen Bewußtseins“<sup>6</sup> und damit auch der Beginn von Philosophie und Wissenschaft<sup>7</sup>.

Vor rund 500 Jahren beginnt mit der Renaissance die Neuzeit.<sup>8</sup> Durch die europäischen Entdeckungs- und Eroberungsreisen entstand ab 1500 n. Chr. erstmals so etwas wie eine einheitliche Welt. Etwa 250 Jahre später setzte in England die „Industrielle Revolution“ ein, d. h. die profitgetriebene, maschinengestützte Produktion in Fabriken, die zu dem heute globalisierten Kapitalismus geführt hat.

Die Durchkapitalisierung der Welt hat die Produktivkräfte stark beschleunigt, und die Beschleunigung der Produktivkräfte hat rückwirkend die Durchkapitalisierung erleichtert. Die Beschleunigung der Produktivkraftentwicklung zeigt sich beispielsweise am Beginn des Automobilismus und der ersten Flugversuche - beide liegen erst rund 100 Jahre zurück - und am Beginn der Raketentechnik und der Raumfahrt, der Computertechnologie und der Gentechnologie, die vor erst rund 50 Jahren einsetzten.

Und innerhalb weniger Jahrzehnte werden Biotechnologie, Nanotechnologie und andere Anwendungen wissenschaftlicher Erkenntnisse unsere Welt, auch unsere gewohnte Lebenswelt, tiefgreifend weiter verändern: der wissenschaftlich-technische Fortschritt entwickelt sich offenbar nicht linear, sondern stark beschleunigt.

Im Widerspruch dazu wandeln sich aber die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse nur zäh und langsam. Es ist der menschlichen Gattung bisher leider nur sehr unzureichend gelungen, den Prozess der Zivilisierung der menschlichen Gesellschaft<sup>9</sup> nach innen und außen auch nur annähernd in dem Tempo voranzutreiben, das erforderlich wäre, um Spannungen mit der beschleunigten Entwicklung der Produktivkräfte, also den folgenreichen Ergebnissen von Forschung, Wissenschaft und Technik zu vermeiden. Dass sich die Menschheit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts während des „Kalten Krieges“ ständig am Rande der atomaren Selbstvernichtung befand, ist hierfür ein Beleg.

Die Ausbreitung der Demokratie mit ihren individuellen Freiheitsrechten, des Rechtsstaats, der Menschenrechte, des Völkerrechts, und Institutionen wie die Vereinten Nationen, der Internationale Gerichtshof und manche anderen internationale Organisationen können zwar als Ausdruck des Zusammenwachsens und des Versuchs einer Zivilisierung der Weltgesellschaft gelten, aber diese Fortschritte sind offensichtlich höchst gefährdet und bleiben von schweren Rückschlägen bedroht, die sich die Menschheit aber angesichts des Tempos der Produktivkraftentwicklung gar nicht leisten kann.

Aus historischer Sicht sind es daher nicht die Produktivkräfte, sondern die Produktionsverhältnisse, die rechtzeitig und schnell genug weiterentwickelt werden müssen. Nur dies wird die Voraussetzung dafür sein, dass eine gereifte und umfassend zivilisierte Weltgesellschaft imstande sein wird, verantwortungsvoll, d. h. weitsichtig und schonend gegenüber sich selbst und der planetaren Natur mit den alten und insbesondere den neuen Möglichkeiten, die von Wissenschaft und Technik beschleunigt eröffnet werden, umzugehen.

### 3.1 Dialektik der Aufklärung oder Fortschritt als Rückschritt

Die zentrale geschichtsphilosophische Einsicht des 20. Jahrhundert war auf Grundlage der Erfahrungen des Nationalsozialismus jene in die Dialektik der Aufklärung<sup>10</sup>, wonach die Aufklärung in Barbarei und Fortschritt in Rückschritt umgeschlagen ist. Dies aber nicht allein wegen der Aufrechterhaltung bürgerlich-kapitalistischer Produktionsverhältnisse auch unter den Bedingungen ökonomischer Krisen, sondern - viel tiefergehend - durch die Dominanz der instrumentellen, zweckrationalen, um die Kritik verkürzte Vernunft selbst, die damit aus einem Mittel der Emanzipation von natürlichen und gesellschaftlichen Zwängen zum entscheidenden Mittel der Herrschaft geworden ist – sofern sie dies ohnehin nicht immer schon ein solches gewesen ist. Somit kritisierte dann auch die „Kritische Theorie“ nach den Erfahrungen mit sowohl Nationalsozialismus wie Stalinismus mit den Mitteln der dialektischen Vernunft radikal ihr eigenes Fundament, den Vernunftbegriff, ohne den sie doch selbst nicht sein könnte.

Zuvor hatte Ernst Bloch, der Philosoph der Zukunft, den Begriff des *Novums*, des *Neuen* in die Geschichtsphilosophie eingeführt was, ebenso wie die künstlerische russische Avantgarde der frühen zwanziger Jahre einer der geistigen Reflexe auf den damals welthistorisch einflussreichen Impuls der russischen Oktoberrevolution war. Dieser - positiv verstandene - Begriff des Novums markiert das nicht vorhersehbare, unerwartete, ins Unbekannte vorstoßende, das Dunkel erleuchtende, das Unwissen beseitigende, den Durchbruch bringende, historisch wirkende, schöpferisches Ereignis der Erkenntnis oder der Tat. Dieses Neue bahnt sich durch die Geschichte zwar an, als Tendenz, ist aber nie gegen das auch ebenso mögliche, nicht selten wirkliche Scheitern gesichert. Aber es existiert dennoch, sei es auch latent, und der Geschichtsprozess schließt zwar immer wieder Handlungskorridore, öffnet aber auch stets wieder andere.<sup>11</sup>

Die Erwartung der frühen Arbeiterbewegung allerdings, dass die bürgerliche Gesellschaft durch eine soziale Revolution überwunden und aufgehoben werden würde, ist, wie Iring Fetscher als Ergebnis seiner Darstellung zusammengefasst hat, geschichtlich überholt:

„Die proletarische, industriekapitalistische Weltrevolution hat nicht stattgefunden und wird auch nicht mehr stattfinden. Die Probleme und revolutionären Potentiale des letzten Viertels des 20. Jahrhunderts sind mit dem Terminus „proletarisch“ nicht mehr angemessen zu bezeichnen. In den hochindustrialisierten Metropolen wächst die Angestelltenschicht weit rascher als die Schicht der industriellen Handarbeiter und treten neue Disparitäten stärker in den Vordergrund als die Auseinandersetzung von Lohnarbeit und Kapital. In den Ländern der Peripherie sind agrarische Mehrheiten und marginale Schichten, die sich um die rasch wachsenden Millionenstädte konzentrieren, kaum als „Proletarier“ zu bezeichnen. Sie aber werden die Träger künftiger Revolutionen sein. Der wachsenden Konzentration der industriellen und Dienstleistungs-Unternehmungen steht die Verwandlung von 90 und mehr Prozent der Bevölkerung in Lohn- und Gehaltsempfänger gegenüber. Die Interessen dieser Mehrheiten an ausreichender Versorgung mit Konsumgütern, an einem befriedigenden Leben und sinnerfüllter Arbeit werden bislang nur unzulänglich artikuliert. Sie zu präzisieren und zum Bewusstsein zu bringen ist die vordringliche Aufgabe demokratischer sozialistischer Parteien. Eine – um der Sache willen nützliche – Konkurrenz solcher Parteien mit anderen Linksparteien ist dringend erwünscht. Ohne einen freien intellektuellen und politischen Wettbewerb besteht nicht nur das Risiko des Rückfalls in monokratische Diktaturen, sondern auch die Gefahr des Verfehlens der genannten Ziele.“<sup>12</sup>



Trotz der von Horkheimer und Adorno theoretisch begründeten Verzweiflung, zu der die Geschichte nicht nur in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Anlass gab, sondern auch immer wieder gibt, bleibt die Hoffnung auf eine mögliche und für das Überleben der Gattung notwendige menschlichere Gesellschaft ein mächtiges Motiv.

Und ist - im Vergleich zu älteren Gesellschaftsformationen - die bürgerliche Freiheit, sind die Menschenrechte nicht wirklich unbestreitbare historische Fortschritte, ebenso wie die politische Demokratie und der gesellschaftliche Wohlstand?

Jedenfalls ist die Geschichte mit der bürgerlich-demokratischen, kapitalistischen Gesellschaftsform sicher nicht zu Ende. Während sie sich einerseits antimoderner Kräfte erwehren muss, die gegen die kapitalistische Durchdringung der Welt opponieren (z. B. Islamismus), steht sie selbst unter einem inneren Evolutionsdruck, der sich aus den Widersprüchen der gesellschaftlichen Krise ergibt.

Die Hoffnung bleibt, dass es möglich werden könnte, die historischen Entwicklungen zum Besseren hin zu beeinflussen, auch wenn immer wieder mit Rückschlägen gerechnet und auch immer mitbedacht werden muss, dass das mögliche und gewollte Bessere – auch aufgrund nicht erkannter Fern- und Nebenwirkungen – ungewollt in das Gegenteil, in etwas Schlechtes, umschlagen kann. Belehrt von den beispiellosen historischen Rückschlägen insbesondere in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind wir – so ist zu hoffen - gewarnt. Aber was bleibt uns anderes, als mit Wissen und Hoffnung, mit Skepsis und Mut, mit Vorsicht und Risikobewusstsein politisch zu handeln?

### **3.2 Welcher Fortschritt - und wohin ?**

Als wissenschaftlich-technischer Fortschritt wird der „lineare“ Fortschrittsbegriff einseitig auf die Entwicklung der Produktivkräfte bezogen. Aber wegen der Dialektik zwischen der Produktivkraftentwicklung und den Produktionsverhältnissen wurde von der frühen Sozialdemokratie erwartet, dass der technische Fortschritt von sich aus die Produktionsverhältnisse strukturell fortschrittlich verändern würde. Der komplexe Vermittlungszusammenhang mit den ökonomischen Prozessen von Akkumulation und Krise, und den politischen Prozessen von Einsicht, Engagement und Selbstorganisation der Subjekte, sowie Aktion, Konflikt und Reaktion wurde dabei jedoch übersehen. Und tatsächlich erfuhren die Produktionsverhältnisse unter dem Nationalsozialismus einen katastrophalen Rückschritt, indem die Zirkulations- oder Marktsphäre durch direkte Eingriffe und staatliche Planung ersetzt und die bürgerliche Freiheit beseitigt wurde<sup>13</sup>.

Die „ordoliberal“ begründete Rekonstruktion eines marktgesteuerten Kapitalismus erneuerte dann nach dem Zusammenbruch des NS-Staates die bürgerlich – kapitalistischen, marktwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse, die seitdem im wesentlichen nur durch die von den Gewerkschaften durchgesetzten Mitbestimmungsgesetze sowie sozialstaatliche Regulierungen modifiziert worden sind. Diese stellen insgesamt einen beachtlichen Fortschritt der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse dar, indem der Subjektcharakter der lohnabhängig Beschäftigten gegen das Kapital durchgesetzt worden ist und ökologische Notwendigkeiten gegen die ökonomisch ebenso kurzfristig wie kurzfristig handelnden Unternehmen.

In jüngerer Zeit wird jedoch im Zusammenhang mit der Dominanz der neoliberalen Ideologie jedoch wieder nur an den wissenschaftlich-technische Fortschritt gedacht, wenn von Fortschritt und Innovation die Rede ist.

Das Bewusstsein für die Problematik des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist in der Gesellschaft durchaus vorhanden, allerdings im Widerspruch zu anderen einflussreichen Teilen, die weiterhin verkürzend kurzschlüssig ökonomistisch argumentieren (Bewusstseinskrise). Die breite Diskussion über Atom- und Gentechnologie, Bioethik und Technologiefolgenabschätzung belegt dies.

Sie verweist allerdings auch auf die Schwierigkeiten, sich gesellschaftlich auf ethisch reflektierte, vernünftige und verbindliche Regulierungen zu einigen, denn selbst in den Fällen, in denen ethische Beurteilungen in gesetzliche Normen münden, bleiben die Ergebnisse unbefriedigend, weil die neuen technologischen Möglichkeiten früher oder später außerhalb des Geltungsbereichs der nationalen gesetzlichen Normen erprobt und genutzt werden können, so dass jede nationale Norm durch internationale und globale Wettbewerbsprozesse rückwirkend ausgehöhlt werden kann.

#### **4 Innovation oder die Wirklichkeit des Neuen**

##### **4.1 Ökonomische Innovationen und lange Wellen des Wachstums**

Am ehesten folgt noch die Entfaltung der Produktivkräfte - oder der wissenschaftlich-technische Fortschritt - der Linearität der ursprünglichen Fortschrittsidee, insofern eine beschleunigte Expansion in alle Richtungen beobachtet werden kann, während der Konservatismus zugleich die Produktionsverhältnisse abzusichern versucht, wenn es z. B. darum geht, bei neuen Produkten oder Prozessen, bei Software oder Internet-Beziehungen, die technologisch von Aushöhlung bedrohten Eigentumsrechte zu bewahren oder wiederherzustellen, oder, wie im Fall der Biotechnologie, durch Patentrechte erheblich auszuweiten.

Die an Produkt- und Prozessinnovationen anknüpfenden Wachstumserwartungen sind nicht völlig falsch, verkennen aber, dass die kapitalistische Ökonomie eine widersprüchliche und krisenhafte ist, und sie gehen an krisen- und werttheoretischen Einsichten in das Wesen von Krisen, Stagnation und Depression vorbei.

Die strukturelle Überakkumulation von Kapital kann als ökonomische Krise, als Krise der Wertformen durch eine technologische Innovationsförderung allein nicht gebrochen werden. Vorrangig sind krisenhaft verlaufende Entwertungsprozesse von Kapital. Wenn und insoweit dann jedoch ein kausaler Zusammenhang zwischen Innovationen, einer steigenden Durchschnittsprofitrate und zusätzlichen Investitionen besteht, d. h. wenn Innovationen genügend zusätzliche überdurchschnittlich rentable Investitionen auslösen, kann sich eine aufschwingende „lange Welle“<sup>14</sup>, und damit eine neue Epoche der Kapitalakkumulation entwickeln, die besseren Zeiten, auf die alle hoffen.

##### **4.2 Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen**

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet die Entstehung und der Zerfall der Sowjetunion als Beispiel für die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zu dienen vermag. Die Oktoberrevolution (1917) hatte die ständegesellschaftlichen Produktionsverhältnisse Russlands überwunden. Zunächst war eine marktwirtschaftlich orientierte Politik betrieben worden, die aber nach wenigen Jahren durch eine staatlich-bürokratische Planung ohne demokratische Basis abgelöst wurde (Stalinisierung der SU). Unter Anwendung exzessiver Gewalt nach innen wurde ab 1928 eine beschleunigte

Industrialisierung durchgesetzt, die eine wesentliche Bedingung dafür war, dass die Sowjetunion im zweiten Weltkrieg erst standhielt, dann siegte und damit den Krieg entschied.

Es folgte, ohne entscheidende Veränderung der eigenen Produktionsverhältnisse, d. h. ohne Demokratisierung, der Aufstieg zur Weltmacht, bis sich die Dynamik der Produktivkraftentwicklung in den 70er Jahren unter der Hemmung der staatsbürokratischen Verhältnisse erschöpfte und eine lange Stagnation einleitete. Der westliche Wettbewerbsdruck im ökonomischen und auch rüstungspolitischen Sinne ergab eine ökonomische und politische Überforderung des politischen Systems, das 1989 schließlich in eine unerwartete Implosion, den plötzlichen Zerfall, mündete, während, zum Vergleich, die VR China im Hinblick auf die Ökonomie rechtzeitig einen Reformweg einschlug, der die Produktionsverhältnisse im Sinne eines „Marktsozialismus“ modifizierte, allerdings auch hier ohne Demokratisierung.

Das Beispiel zeigt, dass sich die Reformdiskussion weder auf bloße Anpassungen an veränderte Umstände noch auf die ohnehin beschleunigt verlaufende Entfaltung der Produktivkräfte konzentrieren sollte, sondern vor allem auf die Produktionsverhältnisse: die Stichworte sind hier Eigentumsrechte und Verteilung, staatsbürgerliche Rechte, Demokratisierung der Gesellschaft einschließlich Mitbestimmung, Partizipation und Gleichberechtigung, sowie gesellschaftliche Selbstorganisation (Genossenschaftssektor).

Da es hierbei aufgrund der historischen Entwicklung nur um eine gesellschaftliche Evolution gehen kann, ist die Aufmerksamkeit in Abgrenzung zu „sachzwanggetriebenen“ Anpassungen und produktivkraftorientierten Programmen (Innovationsförderung) insbesondere auf Sozialreformen im Hinblick auf Modifikationen der Produktionsverhältnisse zu lenken.

Aber gerade hier bestehen mächtige politische Tabus. Dennoch: wichtiger als wissenschaftlich-technische Innovationen sind fortschrittliche politische, gesellschaftliche und rechtliche Innovationen, um den vorhandenen technisch-ökonomischen Innovationsdruck so zu verarbeiten, dass sich daraus ein gesellschaftlicher Fortschritt - und nicht ein Rückschritt - ergibt.

#### **4.3 Aktuelle Probleme kultureller Entwicklung**

Die kulturelle Sphäre - Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Kunst - ist teilweise schon seit längerem gegenüber der Sphäre der Ökonomie in ein Abhängigkeits- und teilweise sogar in ein Unterordnungsverhältnis geraten, wodurch die gesellschaftliche Fähigkeit einer selbstkritischen Reflexion sowie einer „gebildeten“, weitblickenden, langfristigen Zielsetzung und strategischen Planung des politischen Handelns ausgehöhlt worden ist.

Durch den zu beobachtenden Verdrängungsprozess der wissenschaftlichen Politikberatung durch private „*think tanks*“ (wie z. B. das CHE) sowie durch betriebswirtschaftlich orientierte Consulting -Firmen (wie z. B. *Roland Berger*) wird die neoliberale Ideologie in praktische Politik transformiert. Der Umgestaltungsprozess des Hochschulsektors ist hierfür ein Beispiel: Lehre und Forschung sollen für die Ökonomie möglichst funktional gestaltet werden. Eine möglichst nützliche innovative Hochleistungsforschung, die Ausbildung preisgünstiger Massenabsolventen (Bachelors) sowie die separate Qualifizierung einer „Führungselite“ (Masters) stehen auf dem Programm, und zwar verbunden mit einer gleichzeitigen Kostensenkung im Hochschulsektor (u. a. durch die neue „W-Besoldung“ der Hochschullehrer).

# Aus Sicht ökonomischer Partialinteressen werden Studiengänge „pragmatisch“ als Ausbildung, nicht als Bildung begriffen. Bildung tendiert daher dazu, ein elitärer Luxus zu

werden. Die gesellschaftlichen Subjekte werden systematisch an der vollen Entfaltung ihrer Potenziale, damit auch des Bewusstseins ihrer Interessen und Handlungsmöglichkeiten gehindert. Der Bildungsprozess wird blockiert, und das Bildungsniveau wird gesenkt.

# Die relative gesellschaftliche Autonomie von Wissenschaft und Kunst, ein positives Ergebnis des Säkularisierungsprozesses der Neuzeit, wird dadurch tendenziell rückgängig gemacht. Es entsteht, nahezu unbemerkt, eine Rücknahme von Autonomiespielräumen und eine Abhängigkeit von einer ökonomistischen Ideologie, deren Kurzsichtigkeit und Borniertheit die gesamte kulturelle Sphäre bedroht.

# Damit wird das kreative Problemlösungspotenzial der Gesellschaft zunehmend eingeschränkt, während zugleich die Komplexität und der Problemdruck ansteigen. Die Bewusstseinskrise wird zur Krise der Politik. Das Ergebnis ist gesellschaftlicher Rückschritt und ein Scheitern an den Problemen.

## **5 Krise, Innovation und Investition**

Die kritische Analyse der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung hat gezeigt, dass wir es mit einer gesellschaftlichen Krise zu tun haben, so dass eine rein ökonomische Betrachtung bereits eine Verkürzung und ein Ausdruck der Bewusstseinskrise ist. Sie steht möglichen Ansätzen einer Problemlösung entgegen, und sie wirkt sich im Hinblick auf eine notwendige gesellschaftsreformerische Weiterentwicklung der Produktionsverhältnisse rückschrittlich aus.

Die historische Betrachtung hat gezeigt, dass sich die Produktivkräfte nicht linear, sondern beschleunigt entfalten - dass also ein Problem zu langsamer Weiterentwicklung aus historischer, langfristiger Sicht gar nicht besteht. Die Entfaltung der Produktivkräfte ist tatsächlich insgesamt so schnell, dass das gesellschaftliche Problem eher in der gesellschaftlichen Integration des technologisch Neuen als in dessen Mangel besteht.

Einer der Ausgangspunkte dieses Aufsatzes war die für die Region Hildesheim gutachterlich festgestellte ökonomische „Innovationsschwäche“, auf die am Ende des Aufsatzes über „Das verkehrte Verhältnis von Kultur und Ökonomie“ im Jahrbuch 2004 des Landkreises Hildesheim Bezug genommen wurde.

Dieser empirische ökonomisch-gesellschaftliche Befund legt es nahe, die Lösung der ökonomischen Krisenprobleme in einer verstärkten Förderung der Entfaltung der Produktivkräfte oder des wissenschaftlich - technischen Fortschritts in einer Innovationsförderung zu suchen. Auch auf zentralstaatlicher Ebene wird als „angebotsorientierter“ Ausweg aus der Wachstumskrise gegenwärtig diese „schumpeterianische“ Option in den Vordergrund gerückt („Innovationsoffensive“).<sup>15</sup>

Dieser Ansatz ist aus wettbewerbstheoretischer Sicht entstanden, d. h. er stellt auf die relative, nicht auf die absolute Geschwindigkeit der Produktivkraftentwicklung ab. Er läuft daher auf eine konkurrenzgetriebene weitere Beschleunigung der technologischen Fortschritts in Verbindung mit hierdurch veranlassten, „innovativen“ Investitionen hinaus, ohne die Nachfrageprobleme zu berücksichtigen.

Ökonomistisch über „Innovationsmangel“ zu reden anstatt über das makroökonomische Problem des „Investitionsmangels“, kommt daher aus makroökonomischer Sicht einer

„Verschiebung“ des Problems im Bewusstsein gleich. Aber der umfassende Begriff der Innovation schließt neben dem technologischen Fortschritt auch den gesellschaftlichen und kulturellen Fortschritt ein. Der Begriff der "Innovationsoffensive" ist daher entsprechend zu erweitern, und er schließt dann strukturelle gesellschaftliche Reformen ein.

Aus makroökonomischer, kurz- bis mittelfristiger Sicht besteht jedenfalls kein Mangel an Innovationen, sondern an Investitionen, die wegen einer von den Investoren als zu niedrig eingeschätzten Rentabilität unterlassen werden. Die Hemmung und Stockung, als welche die ökonomische Krise erfahren wird, hat ihren ursächlichen Kern nicht in einem Mangel an technologischen Innovationen, sondern in den Eigentumsrechten, der Kapitalverwertung und der ökonomischen Verteilung des Vermögens und der Einkommen einschließlich der hiervon abhängigen Nachfragestrukturen.

Die Investitionen sind makroökonomisch von zentraler Bedeutung. Würde auch bei sinkenden erwarteten Profitraten weiterhin investiert, würden also auf der Kapitalseite die Verteilungsansprüche zurückgenommen werden, dann entstünden genügend expansive ökonomische Kreislaufimpulse - insbesondere genügend Nachfrage - für eine gesellschaftliche Wohlfahrt und eine Überwindung der derzeitigen ökonomischen Krise. Aber eben dies geschieht tatsächlich nicht, weil die Produktionsverhältnisse - in Form der Verteilungsansprüche (z. B. in Gestalt des „shareholder value“ - Konzepts) - hemmend auf die Investitionstätigkeit einwirken, so dass kostenorientierte Unternehmensstrategien dominieren, die den ökonomischen Kreislaufprozess ungewollt abbremsen.

Aus langfristiger und aus regionalpolitischer Sicht ergibt sich ein anderes Bild, denn hier besteht eine Möglichkeit politisch-ökonomischen Wettbewerbs gerade darin, wissenschaftlich-technische Vorsprünge zu erreichen, die über Innovationen in ökonomische Vorsprünge umgewandelt werden können. Innovationen sind hier einerseits qualitativ bedeutsam, weil sie die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, und andererseits quantitativ, weil sie im makroökonomischen Zusammenhang Anlass zu zusätzlichen Investitionen geben können, sofern sie die erwartete einzelwirtschaftliche Rentabilität erhöhen. Aus regionalpolitischer Perspektive ist daher neben der Förderung von Unternehmensgründungen die Innovationsförderung insbesondere im Hinblick auf das Segment der Klein- und Mittelbetriebe (KMU) ein wichtiger und erfolgversprechender wirtschaftspolitischer Ansatzpunkt. Die Aussage, dass die empirisch festgestellte regionale Innovationschwäche überwunden werden müsse, bleibt daher richtig.

## **6 Ergebnisse**

Wirksame gesamtgesellschaftliche Reformstrategien mittlerer Reichweite müssen in erster Linie an einer fortschrittlichen Entwicklung der Produktions- und Verteilungsverhältnisse orientiert werden. Diese aber wird nicht ohne Einsatz aller kreativen Ressourcen der Gesellschaft möglich sein. Der derzeit herrschende Ökonomismus mit seiner Ideologie marktradikaler Sachzwanglogik muss zugunsten echter gesellschaftspolitischer Alternativen überwunden werden: das ist die sich stellende theoretische wie praktisch-politische Aufgabe.

Das politische Handeln fällt der Bewusstseinskrise zum Opfer, wenn sie auf die Anstrengung einer Analyse verzichtet und sich darauf beschränkt, pragmatisch auf die an die gesellschaftliche Oberfläche drängenden Probleme und Widersprüche zu reagieren. Sie hat dann zwar tatsächlich und in ihrer Selbstwahrnehmung den Vorteil des „Realismus“ und versteht sich daher auch als „Realpolitik“, begreift aber das gesellschaftliche System und seine fundamentalen Zusammenhänge, innerhalb dessen sie handelt, nicht mehr.

Eine oberflächliche Parteiprogrammatik ohne analytische Tiefe erblindet. Es kann dann nur noch reaktiv und interessegeleitet, als „politische Charaktermaske“ eben, gehandelt werden, aber die reflexive Erkenntnis des eigenen politischen Handelns innerhalb des komplexen gesellschaftlichen Systems geht zugleich verloren. Dem ist entgegenzuwirken, wenn die Bedingung der Möglichkeit für ein bewusstes politisches Handeln erhalten bleiben soll.

---

<sup>1</sup> Dalai Lama, Mit weitem Herzen, Berlin 2002, S. 28

<sup>2</sup> Buchholz, Günter: Ökonomiekritische Thesen – Öffentliche Podiumsdiskussion im Fagus – Werk in Alfeld am 29.10.2003; sowie „Das verkehrte Verhältnis von Ökonomie und Kultur“, in: Jahrbuch 2004 des Landkreises Hildesheim, S. 67 ff., insbesondere S. 72. –

**Herrn Hans-Jürgen Driemel, Leiter des Kulturbüros des Landkreises Hildesheim möchte ich hier im Hinblick auf meine Beiträge in den Jahrbüchern 2004 und 2005 für die Möglichkeit zur intensiven inhaltlichen Diskussion und für seine zahlreichen konstruktiv-kritischen Anmerkungen meine Anerkennung ausdrücken und ihm meinen Dank aussprechen.**

<sup>3</sup> Vgl. Herr, Hansjörg: Deregulierung, Globalisierung und Deflation, in: PROKLA 134: Die kommende Deflationskrise?, Münster 2004, S. 15 ff.

<sup>4</sup> Vgl. Kaiser, Cornelia: Deflation und Arbeitsmarkt in Japan, in: PROKLA 134, Münster 2004, S. 85 ff.

<sup>5</sup> Wittfogel, Karl August: Die Orientalische Despotie, Frankfurt/Berlin/Wien 1977

<sup>6</sup> Vgl. Jaynes, Julien: Die Entstehung des Bewusstseins, Reinbek bei Hamburg 1993; im Original:

“The Origin of Consciousness in the Breakdown of the Bicameral Mind”, Boston 1976.

Jaynes konstatiert und erklärt diese entscheidende soziologisch - anthropologische Veränderung im Rahmen seiner historisch - neurologische Theorie der Religion auf eine faszinierende Art und Weise durch eine tiefgreifende hirnorganische Reorganisation, den Zusammenbruch der von ihm so bezeichneten „bikameralen Psyche“. Auffällig ist, dass dieser Aspekt in historischen Darstellungen sonst regelmäßig unbeachtet bleibt: aber warum?

<sup>7</sup> Vgl. Thomson, George: Die ersten Philosophen, Berlin 1968

<sup>8</sup> Vgl. Tibi, Bassam: Kreuzzug und Dihad – Der Islam und die christliche Welt, 1. Aufl., München 1999, S. 168 ff.

<sup>9</sup> Elias, Norbert: Über den Prozess der Zivilisation, 2 Bde., 7. Aufl., Frankfurt/Main 1980

<sup>10</sup> Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W.: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt/Main 2003

<sup>11</sup> Bloch, Ernst: das Prinzip Hoffnung, 3 Bde., Frankfurt/M. 1969, Bd. 1, S. 143.

<sup>12</sup> Fetscher, Iring: Karl Marx und der Marxismus, München 1985, S. 305 f.

<sup>13</sup> Vgl. Neumann, Franz: Behemoth - Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933 - 1944, Frankfurt/M. 1984; Sohn - Rethel, Alfred: Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, Frankfurt/Main 1973; Hoffmann, Jürgen: Politisches Handeln und gesellschaftliche Struktur – Grundzüge deutscher Gesellschaftsgeschichte, 2. Aufl. Münster 2000, S. 333- 367.

<sup>14</sup> Vgl. Schumpeter, J. A., Konjunkturzyklen, 2 Bde., Göttingen 1961, Kap. IV, S. 139 ff.

<sup>15</sup> Vgl. zum Thema Innovationsoffensive die kritische Notiz von Prof. Henning Klodt in "WiSt - Wirtschaftswissenschaftliches Studium", Heft 5, Mai 2004

**Günter Buchholz**

*„Deutschland (und mit ihm vermutlich ganz Westeuropa)  
wird sich(...)der Auseinandersetzung mit der Frage  
„Wie hältst du´s mit dem Kapital?“  
demnächst stellen müssen“.  
(Rainer Rotermund 1997)*

## **Die Zukunft der Demokratie**

*Zuerst erschienen im  
Jahrbuch 2006 des Landkreises Hildesheim,  
Hildesheim 2005*

### **1 Herrschaft des Volkes ?**

Die moderne Demokratie ist jung; entstanden erst zur Zeit der einsetzenden Industriellen Revolution durch den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg und durch die Französische Revolution, und mit geistigem Rückgriff auf die Antike: auf die Römische Republik und die Polis von Athen; von dort her beispielgebend und ausgreifend auch auf andere Gesellschaften.

Das Bürgertum suchte eine politische Form, die seiner gesellschaftlichen, insbesondere seiner ökonomischen Führungsrolle entsprach, und es fand sie im Parlamentarismus, in der Staatsform der Republik. Die politische Gleichheit aller Staatsbürger war, z.B. im Hinblick auf die Wahlberechtigung, keineswegs von Beginn an gewährleistet, sondern die diskriminierten Klassen, Schichten und Gruppen mussten sich das Allgemeine Wahlrecht erst erkämpfen.

Wenn heute aufgrund eines oberflächlichen Augenscheins behauptet wird, dass die Marktwirtschaft die Demokratie begünstige und diese den Frieden, dann wird übersehen, verkannt oder verleugnet, dass eine kapitalistische Marktwirtschaft keineswegs eine Demokratie erfordert, wohl aber einen Staat.

Aber was ist überhaupt der Staat? Diese Frage führt zunächst zu einer Betrachtung seiner historischen Entstehung und Entwicklung.

In welchem Verhältnis steht der Staat zur Ökonomie einerseits und zur Demokratie andererseits?

Wie wirken sich in der Ära der „Globalisierung“ die ökonomischen und politischen Veränderungen auf die Demokratie aus?

Welche politischen Risiken bestehen, und wie kann ihnen begegnet werden?

Es sind diese Fragen, die hier besonders interessieren.

## **2 Gesellschaft und Staat in der europäischen Geschichte**

### **2.1 Feudale Gesellschaft**

Die bürgerliche Gesellschaft ist aus einer inneren Selbsttransformation der historisch älteren, auf die Fronhofswirtschaft zentrierte und dabei auf der bäuerlichen Leibeigenschaft aufbauende, politisch dezentralisierten Feudalgesellschaft sowie der nachfolgenden Ständegesellschaft hervorgegangen. (Krieser 1990; Hoffmann 2000)

Die Feudalgesellschaft entwickelte sich über einen Zeitraum von etwa 1000 Jahren ausschließlich in Westeuropa, und zwar etwa ab Mitte des ersten Jahrtausends (500 n. Chr.) auf der Grundlage des politischen Zerfalls des weströmischen Reiches. Germanische Stämme überschichteten die weströmischen Gesellschaften und passten sich zugleich weitgehend an deren spätantike römisch-christliche kulturelle Tradition an. Durch die offensive Christianisierung auch anderer europäischer Gebiete wurden auch diese an die spätantiken Traditionen angeschlossen. Weil damit aber die Feudalisierung, d. h. die Einführung des Lehenssystems mit persönlicher Unfreiheit der unmittelbaren Produzenten in Form der Leibeigenschaft und in Kombination mit einer feudalen und klerikalen Hierarchie direkter Herrschaft verbunden war, lief dies nur gegen Widerstände ab, z. B. der Sachsen unter Widukind gegen das Karolingische Reich.

Die Feudalgesellschaft beruhte politisch-strukturell auf prekären, wechselseitig-vertikalen Loyalitätsbeziehungen zwischen den persönlichen Trägern der gesellschaftlichen Herrschaft. Störungen dieser Loyalitäten wurden immer wieder zur Quelle von Konflikten innerhalb des Adels einschließlich der hohen Geistlichkeit. Ein typisches Beispiel hierfür ist der Konflikt des Welfen Heinrich des Löwen mit dem deutschen Kaiser Friedrich I. Barbarossa; aber auch die Königsdramen Shakespeares reflektieren dieses strukturelle Problem des Feudalismus. Hinzu traten zusätzlich horizontale Konflikte zwischen Mitgliedern der feudalen Hierarchie. Diese innere Widersprüchlichkeit und Instabilität des feudalen Herrschaftsgefüges tendierte daher im Grenzfall zur „feudalen Anarchie“, deren Überwindung erst - mit dem Übergang zur „ständischen Gesellschaft“ - durch den Absolutismus erfolgte.

Die sozioökonomische Voraussetzungen des Absolutismus waren insbesondere die Entwicklung des Fernhandels mit Luxuswaren für die adlige und geistliche Oberschicht, die Herausbildung der „freien“ mittelalterlichen Städte durch Handwerk und Handel, in denen sich das Bürgertum herausbildete, z. B. der Städtebund der Hanse, die allenthalben ansteigende Produktivität und damit der Anstieg der gesellschaftlichen Produktion und des gesellschaftlichen Überschusses, d. h. des Mehrprodukts, sowie der besonders wichtige Übergang von der Natural- zur Geldwirtschaft, d. h. zum auf Märkten regelmäßig durch (Silber-) Geld vermittelten Gütertausch: also zur „einfachen Warenzirkulation“ (Motteck 1973).

### **2.2 Ständische Gesellschaft**

Mit dem Beginn der Neuzeit, der mit dem ökonomisch motivierten maritimen Ausbruch der Europäer aus ihrer geographischen Isolation durch Portugal - gefolgt von Spanien - einsetzte und sofort in Eroberungen mündete (Mittel- und Südamerika) wurde nun einerseits immer mehr Geld in Form von Edelmetallen benötigt - und durch Raub angeeignet (Galeano 1980), andererseits boten dieses Gold und Silber als Geld innovative Möglichkeiten. Es wurden damit stehende Heere ebenso wie eine neuartige, mit Personen aus dem Bürgertum besetzte



Verwaltungsbürokratie unter zentralem, absolutistischem Kommando ermöglicht, die wiederum die Machtzentrale von den dezentralen Machtzentren unabhängig machte und damit zugleich deren Entmachtung ermöglichte. Dieser Machtverlust wurde jedoch für den Adel erträglich gestaltet, indem die alten feudalen Rechte in eine zentral abgesicherte Privilegienstruktur übergeleitet wurden. Das typische Beispiel hierfür ist Frankreich unter Ludwig dem XIV. In Deutschland lief später ein ähnlicher Prozess auf der mittleren Ebene des Adels, jener der Landesfürsten, ab - z. B. in Brandenburg / Preußen. (Anderson 1979)

Diese ständische Gesellschaft, die geistig-kulturell bereits der Neuzeit angehört, war nicht mehr feudal, sondern „postfeudal“, und sie war noch nicht bürgerlich, sondern „protobürgerlich“. In dieser Gesellschaft, deren Privilegiensystem – ein System rechtlicher Ungleichheit - ein Erbe des Feudalismus war, wurden aber gleichwohl alle Voraussetzungen entwickelt, die zur Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft führen sollten.

In soziopolitischer Hinsicht sind einerseits die mehr oder weniger gewaltförmige Umwandlung der Kleinbauern in die eigentumslose Lohnarbeiterschaft, in ökonomischer Hinsicht die Entwicklung des Handwerks zu kaufmännisch geführten Verlagen und Manufakturen, aus denen später die mechanisierten Fabriken hervorgehen sollten (Marx 1890 [1972] ), andererseits die vermittelten und vermittelnden Wandlungen des gesellschaftlichen Bewusstseins, bezeichnet durch Renaissance und Protestantismus sowie den Neuansatz der Philosophie und der Wissenschaften von Bedeutung. Hierdurch wurde die Ablösung von der mittelalterlichen Geisteswelt eingeleitet und vollzogen. Die postfeudale gesellschaftliche Totalität wandelte sich allmählich um in eine neue, eine bürgerliche. Durch diesen Wandel schuf sich das aufsteigende, in den Städten ansässige Bürgertum die Voraussetzungen für seine spätere gesellschaftliche Führungsrolle.

Die Dialektik der merkantilistischen Wirtschaftspolitik des absolutistischen Staates bestand darin, dass sie einerseits nur zur Förderung des Reichtums des Monarchen bzw. Fürsten dienen sollte, dazu aber alles tun musste, um die Wirtschaft des Landes, also Landwirtschaft, Handwerk, Gewerbe, Transportwesen usw. zu fördern – damit aber zwangsläufig zugleich den Reichtum des städtischen Bürgertums, und eben dadurch wurde dieses befähigt, zu gegebener Zeit die Machtfrage zu stellen.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts setzte in England die Industrielle Revolution ein, die einen schnellen, tiefgehenden und anhaltenden gesellschaftlichen Wandel ausgelöst hat. Erst als diese Prozesse evolutionär bereits weit fortgeschritten waren, kam es gelegentlich auch zu sozialen Revolutionen, die die bürgerliche Gesellschaft dann endgültig durchsetzten. Der typische Fall ist wiederum Frankreich (1789 und die Napoleonische Ära).

### **2.3 Ökonomisches System und bürgerlicher Staat**

Das auf individuellem Privateigentum an Kapital beruhende, daher durch Privatinteressen und Wettbewerb bestimmte ökonomische System der bürgerlichen Gesellschaft soll aus Sicht der bürgerlichen Theorie zwar durch Bildung eines Systems von stabilen Gleichgewichtspreisen auf allen Märkten über selbstregulative Marktmechanismen verfügen, bleibt aber aufgrund seiner methodisch ausgeblendeten sozialen Klassenstruktur, die die ökonomische Verteilung der Vermögen und Einkommen bestimmt, in sich widersprüchlich und erzeugt daher ökonomische und soziale Krisen.

Der Wettbewerb ist in der bürgerlichen Gesellschaft wegen der Interessenskonflikte der Privateigentümer einerseits unvermeidlich, andererseits ist er aus Sicht der bürgerlichen Theorie auch notwendig, weil er wirtschaftliche Dynamik zur Folge haben soll. Er erfordert aber eine wirksame und allgemein gültige Beschränkung, denn deren Fehlen würde „den Krieg aller gegen alle“, also den destruktiven „Naturzustand“ im Sinn von Thomas Hobbes mit sich bringen - und damit letztlich die Ökonomie überhaupt unmöglich machen: denn die Bürger können nur dann ihren Geschäften nachgehen, wenn Recht und Ordnung herrschen, wenn also ein normativ und zugleich faktisch gesicherter, verlässlicher gesellschaftlicher Normalzustand besteht.

Dies gilt nicht nur im Hinblick auf die Austauschprozesse auf den Güter- und Finanzmärkten, sondern mehr noch im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und die Arbeitskontrakte, auf deren Einhaltung (wegen des Interesses an der maximalen Nutzung des Gebrauchswerts der Arbeitskraft) unbedingt bestanden werden muss, weil hiervon die Wertschöpfung abhängig ist. Daher wurde gegen die frühen Streiks der Arbeiter umgehend die staatliche Gewalt mobilisiert, und daher auch ist das demokratisch gegen den bürgerlichen Staat und seine Gesellschaft durchgesetzte Streikrecht der Arbeiter für diese eine so zentrale Errungenschaft.

Die Ökonomie erfordert also sowohl aus Sicht der Marktprozesse und der Konkurrenz wie aus Sicht der Produktion (d. h. der Wertschöpfung) das Recht, aber dieses Rechtssystem „muss Zähne haben“: es muss wirklich gelten, muss also mittels einer Justiz durchsetzbar sein, in letzter Instanz eben auch mittels legaler physischer Gewalt (Polizeigewalt).

Notwendig ist somit ein das Recht garantierender „Gewaltmonopolist“ außerhalb der Konkurrenz und daher mit gleicher Geltung gegen alle Bürger: eben der bürgerliche Staat. Er erscheint als eine mit der bürgerlichen Gesellschaft nicht-identische, gesonderte Institution, als Rechtsstaat, der sich neutral gegenüber den gesellschaftlichen Individuen verhält, d.h. sie rechtlich als Gleiche behandelt. Und diese selbst nicht-ökonomische Instanz kodifiziert die Regeln, die für die Ökonomie erforderlich sind (z. B. Vertragsrecht), und nur sie ist in der Lage, deren Gültigkeit zu garantieren; eben deshalb ist sie für die Ökonomie in einer konstitutiven Art und Weise notwendig.

Nachdem infolge des I. Weltkrieges die Ära der Goldwährung (d. h. Umlauf von Edelmetallmünzen oder durch Edelmetalle „gedecktes“ Geld) zu Ende ging, trat die staatliche Garantie des Papiergeldes (Geldmengensteuerung) durch eine Notenbank an die Stelle der natürlichen Edelmetallknappheit, ergänzt durch die Kriminalisierung der Geldfälschung und – nach den Erfahrungen mit den kriegsfinanzierungsbedingten Inflationen - eine Politik der Geldwertstabilität. Mit der Institution der Zentralbank (Bundesbank bzw. Europäische Zentralbank) und der ergänzenden Regulierung des Bankensystems ist seither der Staat innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft als ebenso zentraler wie privilegierter ökonomischer Akteur permanent präsent.

Die Ökonomie braucht den Rechtsstaat, ohne ihn ist sie dauerhaft gar nicht möglich, aber umgekehrt gilt ebenso, dass der bürgerliche Staat die private Ökonomie benötigt, denn er muss sich finanzieren und nutzt dazu ihre Quellen, indem er, nun gerade nicht mittels des Äquivalententausches, sondern mittels des gegenteiligen Prinzips, der Steuern - die im Grunde eine legale Form der Aneignung bzw. Enteignung sind - diejenigen Mittel abschöpft, die der Staat für seine Aufgaben, deren Erfüllung der bürgerlichen Gesellschaft dient, benötigt.

An diesen Sachverhalt, also an die scheinbare Enteignung durch staatliche Besteuerung und an die Furcht vor dem staatlichen Gewaltmonopol knüpft sich das auffällig ambivalente Verhältnis der liberal gesonnenen Bürger zur Besteuerung im Besonderen, aber auch zum Staat im Allgemeinen.

Im Falle des Nationalsozialismus, in dem der Rechtsstaat in den Gewaltstaat umschlug und dadurch totalitär wurde, hat sich diese Furcht als berechtigt erwiesen. Der totalitäre Gewaltstaat ordnete sich durch seine Exponenten Gesellschaft und Ökonomie unter. Die Märkte büßten ihre koordinierende Funktion zugunsten einer kriegswirtschaftlichen Planung ein. Nach dem zweiten Weltkrieg stellte sich daher die Aufgabe einer liberalen Rekonstruktion der bürgerlichen Gesellschaft, die hauptsächlich aufgrund des amerikanischen „Marshall – Plans“ gelang.

Die fundamentale ökonomische Abhängigkeit des bürgerlichen Staates von der privatwirtschaftlichen Ökonomie zwingt ihn, sich der privatwirtschaftlichen Funktionslogik – d. h. den Anforderungen seitens der Kapitalverwertung - prinzipiell unterzuordnen, d. h. sich politisch an betriebswirtschaftlicher Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit zu orientieren. In der Sprache der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik formuliert heißt dies, der Staat solle sich darauf beschränken, einen ausgeglichenen Haushalt anzustreben, die Geldpolitik einer unabhängigen Zentralbank zu überlassen, die öffentlichen Betriebe zu privatisieren und im Hinblick auf „die Wirtschaft“ für „günstige Rahmenbedingungen“ zu sorgen, insbesondere durch die Senkung von Steuern und Abgaben.

Es war, im Kontext der Weltwirtschaftskrise (1929 – 32), erst die 1936 mit der „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ erfolgte Entdeckung der makroökonomischen Kreislaufzusammenhänge durch John Maynard Keynes (Keynes 1936; [974] ), die dem Staat in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts die wirtschaftspolitische Möglichkeit eröffnete, insbesondere durch seine Fiskalpolitik eine – begrenzte - wirtschaftspolitische Lenkungsfunktion zu übernehmen, um die damalige weltwirtschaftliche Stagnation, ein „Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung“ zu überwinden. Dieses kurzfristige Ziel dominierte, weil es unmittelbar um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft ging, während die langfristigen Überlegungen von Keynes im Hintergrund blieben; gerade sie verdienen heute besonderes Interesse.

Keynes' trug als wirtschaftspolitischer Berater maßgeblich zur Etablierung des „Bretton Woods Systems“ bei, das nach dem 2. Weltkrieg die weltwirtschaftliche Expansion ermöglichte, aber in den 70er Jahren wegen der Finanzierung des Vietnam-Krieges erodierte, sowie der neuartigen „Stagflation“ (d. h. Stagnation und zugleich Inflation). Mit der schrittweisen Durchsetzung des Monetarismus (Milton Friedman, ab 1975), einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik und der Deregulierung der Finanz- und Gütermärkte („Globalisierung“) sind diese wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume weitgehend wieder verlorengegangen.

## **2.4 Bürgerlicher Staat und Demokratie**

Die bürgerliche Ökonomie braucht also das Recht und auch die das Recht garantierende Gewalt, sie braucht also den Staat, das Recht, die Justiz und die innere Staatsgewalt in Gestalt der Polizei, um ihren Bestand zu sichern. Und der Umstand, dass die Welt der Staaten sich trotz mancher supranationaler institutioneller Ansätze bis heute noch nicht wirklich aus dem „Naturzustand“ (Hobbes) herausgearbeitet hat, das es also noch kein allgemein verbindliches

und zugleich wirksames, durchsetzbares Völkerrecht gibt, setzt die archaische Notwendigkeit, auch über ein äußeres Gewaltpotenzial in Gestalt des Militärs zu verfügen, das aber bis heute umgekehrt auch als Hindernis eines verbindlichen Völkerrechts erscheint, weil es eben auch ermöglicht, dieses zu brechen.

Der Staat, der als eine gesonderte Institution, oder als mit der bürgerlichen Gesellschaft nicht-identischer Rechtsstaat erscheint, ist als dialektischer Gegenpol des Verhältnisses von Kapital und Arbeit mit diesem zugleich identisch, wie die historische Entwicklung dieses Verhältnisses zeigt. Beide haben sich in engster Wechselwirkung - simultan und dynamisch – nicht nur miteinander, sondern auch durch einander widersprüchlich weiterentwickelt.

Es ist deshalb zwar nicht möglich, wie bereits die staatstheoretische Diskussion der 70er Jahre ergeben hatte, den Staat als Rechtsstaat und Gewaltmonopolist aus der „Logik des Werts“ ableiten, wie das für das ökonomische System möglich ist, aber da die Ökonomie ohne Staat sowenig bestehen kann wie auch umgekehrt, handelt es sich um eine Doppelstruktur wechselseitiger Bedingtheit und wechselseitiger Abhängigkeit, oder um eine Beziehung von Beziehungen.

Weil der bürgerliche Staat konstitutiv auf die sozioökonomische Struktur der bürgerlichen Gesellschaft - insbesondere ihre Eigentumsordnung – bezogen ist, kann er ihr gegenüber nicht „neutral“ sein. Als außerökonomische Seite des Kapitalverhältnisses, d. h. der dialektischen Beziehung von Kapital und Arbeit, ist der bürgerliche Staat normativer Garant der bürgerlichen Gesellschaft und zugleich selbst eine Beziehung, ein besonderes Feld gesellschaftlicher Konflikte (Poulantzas 2002).

Deshalb sind Staatseinnahmepolitik (Steuerpolitik) und Staatsausgabepolitik aufgrund der unterschiedlichen bis gegensätzlichen gesellschaftlichen Interessen stets umkämpft. Die schrittweise Herausbildung des (deutschen) Sozialstaats seit dem späten 19. Jahrhundert und sein Rückbau seit Beginn des 21. Jahrhunderts zeigen, dass der Staat keine monolithische Institution, sondern ein umkämpftes besonderes Machtfeld ist, ähnlich der bürgerlichen Gesellschaft selbst (vgl. Müller/Neusüß 1971).

Unter den - keineswegs selbstverständlichen - Bedingungen einer politischen Demokratie verbessern sich für die abhängig Beschäftigten die Chancen, ihre Interessen zur Geltung zu bringen, und der demokratisierte bürgerliche Staat laviert deshalb beständig in dem Widerspruch, einerseits den Anforderungen seitens der Kapitalverwertung (d. h. „der Wirtschaft“) und andererseits den Interessen der abhängig Beschäftigten bzw. der beherrschten Wahlbürger und dem Anspruch demokratischer Führung zu entsprechen.

Die Dialektik von Gewalt und Recht hat den bürgerlichen Staat konstituiert: denn einerseits geht die Gewalt dem Recht vor, indem erst durch sie reale Machtverhältnisse geschaffen wurden, die um einer notwendigen Ordnung willen in ihr Gegenteil, das positive Recht umschlagen müssen, das aber wiederum, weil es faktisch gelten muss, auf die legale Gewalt als „letztes Mittel“ nicht verzichten kann.

Diese primäre Funktion des Staates, den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft, d.h. im Kern das Kapitalverhältnis, d.h. den Bestand des Verhältnisses bzw. der dialektischen Beziehung von Kapital und Arbeit sowie die Konkurrenzbeziehungen normativ und auch praktisch zu garantieren, wird ergänzt durch die sekundäre Funktion, die sich innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft aus dem „Marktversagen“ ergibt.

Dieses Marktversagen resultiert zum einen aus den Konkurrenzverhältnissen, die bedingen, dass nur direkt profitable Investitionen privat getätigt werden können. Notwendige, aber nur indirekt profitable Investitionen (in die sogenannte „Infrastruktur“) müssen daher, wenn sie nicht zum Schaden der Ökonomie ganz unterbleiben, vom bürgerlichen Staat getätigt und über Steuern finanziert werden.

Das Marktversagen ergibt sich zum anderen aus dem Umstand, dass der soziale Klassencharakter der bürgerlichen Gesellschaft zu sehr ungleichen Verteilungsverhältnissen führt, aus denen sich wiederum sozioökonomische Spannungen und ökonomische Krisen ergeben.

Unter solchen Umständen ist die gesellschaftliche Reproduktion zwar nicht zu jedem Zeitpunkt, wohl aber strukturell gefährdet, und diese Gefährdung erhöht die soziale Spannung innerhalb der sozialen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft sowie zwischen ihr und dem bürgerlichen Staat, dem daher die Aufgabe der korrigierenden sozioökonomischen Stabilisierung zufällt (in Deutschland z.B. durch den Aufbau des „Sozialstaats“, durch den sehr lange erfolgreich soziale Spannungen reduziert und auch ökonomischen Ungleichgewichten entgegengewirkt werden konnte).

Dies gewährleistet allerdings nicht, dass der bürgerliche Staat mit seinen Mitteln, dem Geld und dem Recht, diese funktionale Kompensation durchwegs auch zu leisten imstande ist. Im Gegenteil: durch „Staatsversagen“ kann das Marktversagen noch vertieft werden.

Insofern aber der bürgerliche Staat, sofern er demokratisch strukturiert ist, tatsächlich beansprucht oder suggeriert, er sei zur Kompensation oder Steuerung des Marktversagens grundsätzlich in der Lage, bringt ihn das Staatsversagen, das sich aus der Begrenztheit seiner Möglichkeiten ergibt, dadurch in zusätzliche Schwierigkeiten, dass er der übernommenen Verantwortung faktisch nicht oder nur eingeschränkt gerecht werden kann. Würden nun aber diese tatsächlich begrenzten Möglichkeiten zur Kompensation des Marktversagens offen eingeräumt, dann könnte sich das als Delegitimation des ökonomischen Systems auswirken. Aufgrund dieses Dilemmas ist die Demokratie für den bürgerlichen Staat durchaus problematisch.

Die neuzeitliche Demokratie ist denn auch für den bürgerlichen Staat weder konstitutiv gewesen, noch die Verwirklichung eines idealistischen politischen Konzepts, sondern sie hat sich aus inneren ständegesellschaftlichen Konflikten bis hin zu politischen und sozialen Revolutionen entwickelt.

In der Französischen Revolution trat beispielsweise zunächst das Bürgertum auf, als sei es das gesellschaftliche Ganze, indem es die funktionslos gewordenen Stände (Adel und Klerus) entprivilegierte, die Funktion des Monarchen aufhob und durch ein besitzbürgerliches Parlament ersetzte. Nach der gelungenen bürgerlichen Emanzipation geriet aber schnell die „Soziale Frage“, d.h. die Emanzipation des „Vierten Standes“ - oder der Arbeiterklasse - in den Brennpunkt der sozialen Auseinandersetzungen. Allgemeines Wahlrecht und Gleichberechtigung, Streikrecht und der Anspruch auf Existenzsicherheit (im Hinblick auf die Lebensrisiken Unfall, Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit), die Wahl der Regierung durch das Parlament, später auch die Demokratisierung der Wirtschaft (Naphtali 1977; Huber/Kosta 1978) waren daher die legitimen Forderungen.

Die bürgerliche Demokratie war demnach zunächst keineswegs offen gegenüber dem „Vierten Stand“ bzw. der Arbeiterklasse. Diese musste ihre diesbezügliche politische

Gleichberechtigung vielmehr in jahrzehntelangen sozialen Kämpfen gegen staatliche Unterdrückung erst durchsetzen. Erst durch die Novemberrevolution 1918 erreichte die Arbeiterklasse zumindest im Prinzip ihre „Anerkennung als menschliches Subjekt“ in Gesellschaft und Staat (Verfassung der Weimarer Republik).

Die relative Stabilität der Demokratie erklärt sich daraus, dass unter normalen ökonomischen Reproduktionsbedingungen die Verfahren demokratischer Willensbildung für die Ökonomie durchaus funktional, d. h. mit dem Ergebnis der Befriedung und der Zustimmung, ausgestaltet werden können; denn der Staat unterliegt der Notwendigkeit, sein Handeln mit den politischen Bedürfnissen der Staatsbürger so zu vermitteln, dass für die strukturell ungleich bleibende Verteilung der Vermögen und der Einkommen Legitimation, d. h. Zustimmung oder Duldung erreicht werden kann.

In Zeiten ökonomischer Krisen aber erweist sich die demokratische Willensbildung als nicht länger funktional für die Privatökonomie – ganz im Gegenteil. Die politische Demokratie gerät dann unter Druck, wird tendenziell eingeschränkt und ausgehöhlt, oder, wie 1933, ganz beseitigt, um eine gesellschaftliche Transformation der bürgerlichen Gesellschaft zu verhindern. Die Demokratie muss daher von den demokratischen Staatsbürgern nicht nur erkämpft, sondern sie muss auch bewahrt werden - und vor dieser politischen Aufgabe stehen wir heute.

Die Beziehung zwischen der Bindung des bürgerlichen Rechtsstaates an das Kapitalverhältnis einerseits und seiner Bindung an den ihn fundierenden demokratischen Prozess andererseits ist aber deshalb asymmetrisch, weil sich die demokratische Willensbildung, auch soweit sie politische Konzessionsspielräume gegen das Kapital erweitern konnte, z.B. in Form der deutschen Mitbestimmung, strukturell der Dialektik von Staat und Kapitalverhältnis untergeordnet bleibt.

### **3 Bürgerlicher Staat und Wirtschaftspolitik**

#### **3. 1 Geschichte der Wirtschaftspolitik**

Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 war nicht nur eine der mehr oder weniger regelmäßig auftretenden konjunkturellen Krisen, sondern sie trug deutlich die Züge eines systemischen Zusammenbruchs. Dieser drückte sich zugleich sozioökonomisch, politisch und mental aus, insbesondere aber im Zerfall des Weltmarkts (James 2005). Unter diesen Voraussetzungen konnte in Deutschland der Rechtsstaat in den NS-Gewaltstaat umschlagen, welcher sich das gesellschaftliche Ganze unterordnen konnte: Abschaffung der Demokratie und der bürgerlicher Freiheiten, Zerschlagung der Arbeiterbewegung, Militarismus, Krieg, Rassenwahn, Auschwitz. (Neumann 1984).

Die reale Krise war aber auch die Grundlage für die Suche nach vernünftigen Auswegen. Keynes außerordentliche Leistung, die ihn zum mit Abstand bedeutendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts machte, bestand darin, auf Grundlage einer Kritik der neoklassischen Gleichgewichtstheorie eine makroökonomische Kreislauftheorie zu entwickeln, die es ermöglichte, die Krise zu diagnostizieren und die Ansatzpunkte und Handlungsspielräume der staatlichen Wirtschaftspolitik neu zu bestimmen. Kurzfristig dachte Keynes hier an die Steigerung der „effektiven Nachfrage“ durch „deficit spending“, und langfristig an die „Sozialisierung der Investition“.

Neu daran war nicht nur die Erkenntnis der Relevanz der „effektiven Nachfrage“, sondern mehr noch die Einsicht in eine makroökonomische Rationalität, die der mikroökonomischen Rationalität der Neoklassik ebenso wie der Rationalität der Betriebswirtschaftlehre übergeordnet ist. Im übergeordneten gesamtwirtschaftlichen Kreislaufzusammenhang gelten danach spezifisch makroökonomische Gesetzmäßigkeiten, die den unmittelbaren Erfahrungen der Wirtschaftssubjekte nicht und ihrer individuellen Handlungslogik nur teilweise entsprechen (Keynes 1936; Bofinger 2005).

Aus Keynes Einsicht in die Beschränktheit einer funktionsfähigen Selbststeuerung der Marktwirtschaft, in diesem Sinne also in das fundamentale Marktversagen, folgt die Notwendigkeit der Lenkung, die nur vom bürgerlichen Staat kommen kann. Dieser muss dazu die Geld- und Fiskalpolitik für eine indirekte Wirtschaftslenkung instrumentalisieren. Die so gelockerte Abhängigkeit des Staates von der Privatökonomie ruft allerdings deren Unbehagen ebenso hervor wie der Anspruch des Staates, gegenüber der privaten Ökonomie, wenn auch in deren Interesse, eine übergeordnete wirtschaftspolitische Lenkungsfunktion zu übernehmen (Hödl 1986).

Im Verlauf der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts begannen sich die institutionellen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen einer keynesianischen Wirtschaftspolitik, das Bretton – Woods - System, aufzulösen: maßgeblich waren hier der nicht zuletzt durch die Finanzierung des Vietnamkrieges bedingte währungspolitische Übergang zu einem System freier Wechselkurse und die auch durch die Vorherrschaft oligopolistischer, d. h. durch relativ wenige marktmächtige Großunternehmungen bestimmten Marktformen bedingte Herausbildung einer „Stagflation“, d.h. durch das unerwartete neuartige gleichzeitige Auftreten von Stagnation und Inflation.

Dieses Problem wurde in Verbindung mit den theoretischen Arbeiten Milton Friedmans zum praktischen Ausgangspunkt der „monetaristischen Konterrevolution“. Das Vordringen des „Monetarismus“ brachte die Anerkennung der neoklassischen Gleichgewichtstheorie zurück, die in Kombination mit der neoliberalen Wettbewerbstheorie (F. A. von Hayek) und der monetaristischen Geldpolitik als sogenannte „Angebotstheorie“ wirtschaftspolitisch dominant wurde.

Nach einer ca. fünfundzwanzigjährigen Praxis dieser angebots- und wettbewerbsorientierten Wirtschaftspolitik ist allerdings in Deutschland die Arbeitslosigkeit im Februar 2005 auf über 5 Millionen angestiegen, und das gesamtwirtschaftliche Wachstum ist nach wie vor so schwach, dass eine spürbar ansteigende Beschäftigung nicht erwartet werden kann, insbesondere weil das Investitionsverhalten auf immer wieder deutlich verbesserte steuerpolitische und rechtliche Rahmenbedingungen nicht positiv reagiert. Damit wiederum gerät das Problem der schwachen Binnennachfrage ins Zentrum der Überlegungen (Bofinger 2005, S. 225 ff.).

Die in der Praxis nachhaltig gescheiterte „Angebotspolitik“ wird paradoxerweise und interessebedingt dennoch nicht mit einem konzeptionellen wirtschaftspolitischen Wechsel beantwortet, sondern damit, dass weiterhin sogar eine vertiefte und erweiterte Angebotspolitik erforderlich sei. Allerdings verliert diese dogmatische Haltung trotz medialer Multiplikation zunehmend an Glaubwürdigkeit auch in einer breiteren Öffentlichkeit. Erste Ansätze eines grundlegenden Wandels sind erkennbar. Denn unübersehbar und unmittelbar erfahrbar ist, dass die versprochenen Erfolge immer wieder ausgeblieben sind. Auch deshalb ist der Boden für ein alternatives wirtschaftspolitisches Konzept bereitet. Zu lösen wäre in dessen Rahmen zunächst die teilweise wohl noch offene Frage, wie eine an die aktuellen

weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasste erneuerte makroökonomische Wirtschaftspolitik konkret auszugestalten wäre und wo genau deren Grenzen liegen.

### **3.2 Weltmarkt, Globalisierung und bürgerlicher Staat**

Als Weltmarkt wurde traditionell die Gesamtheit der externen Austauschbeziehungen der Volkswirtschaften (Importe und Exporte von Waren und Dienstleistungen sowie zugehörige Finanzströme) bezeichnet. Die „Globalisierung“ oder „Mondialisation“ soll demgegenüber etwas Neues darstellen (Conert 2002). Aus ökonomischer Sicht wird postuliert, dass sich, ausgehend von der Finanzsphäre, ein die Volkswirtschaften dominierender, politisch und kulturell „entbetteter“, völlig verselbständigter Weltmarkt gebildet habe, der von den ökonomischen Aktivitäten der transnationalen Unternehmungen, den „global players“ getragen werde und dem zwar verschiedene supranationale Institutionen - Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorganisation - aber kein bürgerlicher Staat gegenüber stünden.

Insbesondere der vereinheitlichte Weltfinanzmarkt gebe faktisch die maßgeblichen ökonomischen Entscheidungskriterien vor, der sich die Volkswirtschaften, die Unternehmungen und auch die Staaten zu beugen hätten. Die nationalen bürgerlichen Staaten seien geschwächt, der Weltökonomie untergeordnet und zum betriebswirtschaftlich orientierten „Wettbewerbsstaat“ transformiert worden. Wenn selbst rentable Unternehmen geschlossen und verlagert werden, weil andernorts eine noch höhere Rentabilität erwartet werde, dann müsse dies hingenommen werden.

Eine staatliche Lenkungsfunktion im keynesianischen Sinne sei nicht mehr denkbar. Einzig möglich sei nur noch die Herstellung wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen. Es gebe, und zwar unabhängig von der Frage, ob dies vernünftig sei oder nicht, nur noch eine einzige Möglichkeit, nämlich sich zu bemühen, in diesem weltweiten Wettbewerb möglichst erfolgreich zu werden.

Und dies ist tatsächlich das Credo der aktuellen Politik in Deutschland, sowohl seitens der traditionellen bürgerlichen Parteien als auch der derzeitigen Regierungsparteien, der Sozialdemokratie und der Grünen. Nuancierungen gibt es zwar, aber diese sind von nur begrenzter Bedeutung, und sie werden oft in irreführender Weise parteipolitisch aufgebläht.

Wesentliches Ergebnis dieser Entwicklung ist, dass den Wählern eine wirkliche inhaltliche Wahlalternative fehlt; sie quittieren das weitestgehend ohne Verständnis und reagieren mit Frustration, Ratlosigkeit, Wahlenthaltung, oder mit Protestwahlverhalten. Kaum verhüllte Rat- und Hilflosigkeit ist aber allem Anschein nach quer durch die Parteien weit verbreitet; und es ist dies nicht das unbedeutendste Moment der politischen Krise.

Als eine der Alternativen wird seit langem gefordert, diesen Prozess der durch ökonomische Globalisierung bedingten Schwächung des bürgerlichen Staates rückgängig zu machen und/oder ihm auf einer höheren Ebene, etwa der der Europäischen Union, zu begegnen. Durch „Re-Regulierung“, die die tendenzielle Weiterentwicklung der EU zu einem Bundesstaat voraussetzt, wäre aus dieser Sicht der Versuch zu unternehmen, die Möglichkeiten der politischen Steuerung auf zentraler Ebene zurück zu gewinnen (Röttger 1997).

Allerdings geben die demokratischen Defizite der Europäischen Union in diesem Zusammenhang Anlass zur Skepsis. Wenn auch die Tatsache, dass nunmehr ein –



mittlerweile wohl als gescheitert anzusehender - Verfassungsvertragsentwurf für die Europäische Union vorliegt (Winkler 2005), prinzipiell wohl positiv einzuschätzen ist, bleiben doch erhebliche Bedenken, einerseits wegen dessen einseitig neoliberaler Prägung, andererseits wegen der teilweise fehlenden Volksabstimmungen und damit der fehlenden Basislegitimation.

#### **4. Die Strategie der Demokratisierung**

In der heutigen Ära der „Dominanz der Vermögensbesitzer“, einer wirtschaftlichen Stagnation, einer dauerhaften Massenarbeitslosigkeit und der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben haben sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse so verändert, dass nicht nur ein Prozess der Reallohnsenkung und ein Rückbau des Sozialstaats vorangetrieben werden kann, sondern auch die Demokratie selbst unter Druck gerät. Denn der langfristig anhaltende Umverteilungsprozess von unten nach oben setzt tendenziell voraus, dass die betroffene große Minderheit oder sogar Mehrheit darin gehindert wird, eine demokratische Gegenmacht zu bilden, mit der dieser Prozess gestoppt werden könnte.

In Deutschland lässt sich empirisch feststellen, dass die Freiheitsrechte der Staatsbürger gegenüber dem Staat einem langfristigen Erosionsprozess unterliegen, und dieser Prozess wird durch jede neue, in der Regel durchaus reale Gefährdung der Sicherheitslage verstärkt, eine Tendenz, die besonders von linksliberaler Seite völlig zu Recht immer schon kritisch beobachtet und bekämpft worden ist (Probleme z.B.: Großer Lauschangriff; z. Zt. geplante Zusammenführung von Polizei und Geheimdienst).

Die Aushöhlung der staatsbürgerlichen Schutzrechte schafft, nicht unbedingt der Absicht nach, wohl aber faktisch die Voraussetzungen für einen erneuten Verlust der Demokratie, vielleicht in der Weise, dass die Demokratie zwar nominell noch bestehen bleiben mag, der Inhalt aber ersetzt sein wird durch eine ebenso elitäre wie autoritäre kapitalorientierte politische Herrschaft; die jüngere bildungspolitische Entwicklung mit ihrer charakteristischen Beseitigung der Partizipation in den Hochschulen deutet beispielsweise klar in diese Richtung (Buchholz/Hellweg/Schiller 2004).

Als anderes Beispiel mag uns der höchst bedenkliche derzeitige Zustand der italienischen Demokratie warnen, in der eine dubiose Parteienkonstellation unter Einschluss der Neofaschisten die Regierung stellt und sich im permanenten Konflikt mit der eigenen Justiz befindet: angesichts der Massenarbeitslosigkeit und der ökonomischen Stagnation handelt es sich hierbei um ein Menetekel auch für andere europäische Demokratien.

Wolfgang Reinhard (1999) schrieb hierzu:

*„Es wäre naiv, allein von einer „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ die definitive Überwindung des totalen Staates zu erwarten, zumal sie wahrscheinlich ohnehin nur eine weiche Variante des totalen Staates ist, weniger wegen personeller Kontinuitäten, als wegen der strukturellen Verwandtschaft dieser beiden Endstufen von 1000 Jahren Wachstum europäischer Staatsgewalt. Wie der allmähliche Abbau der verfassungsmäßigen Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland zeigt, sind sie auch beim demokratischen Staat, dem das Grundgesetz ihre Garantie anvertraut hat, keineswegs in den besten Händen. Möglicherweise wurde dabei sogar der Bock zum Gärtner gemacht, denn von Haus aus stammen die Grund- und Freiheitsrechte ja aus dem Widerstand gegen die Staatsgewalt. Was von dieser und ihren Juristen unter Umständen zu erwarten ist, schrieb Ernst Rudolf Huber 1937: „Es gibt keine*

*persönliche, vorstaatliche und außerstaatliche Freiheit des Einzelnen, die vom Staat zu respektieren wäre“.*“

Im Freiheitsinteresse, aber auch im ökonomischen Interesse der großen Mehrheit der Staatsbürger muss daher vor allem dieser Tendenz eines weiteren Substanzverlustes der Demokratie entgegengewirkt werden, indem zuerst Widerstand gegen die weitere Aushöhlung von Grundrechten geleistet wird, und sodann, indem die Funktionsweise der repräsentativen Demokratie basisdemokratisch reformiert wird, z. B. im Hinblick auf den abgehobenen Status der Abgeordneten und die verselbständigte Rolle der Parteien, das zu wenig basisdemokratische Wahlrecht und die Bewahrung der vorhandenen institutionellen Partizipationsrechte, insbesondere der Mitbestimmung. Es ist das Verdienst des Staatsrechtlers Hans Herbert von Arnim, hierzu in zahlreichen Publikationen Kritik vorgetragen und konkrete Vorschläge unterbreitet zu haben, an die jederzeit angeknüpft werden kann.

Voraussetzung für den Erfolg wird jedoch sein, dass der passive, sich überwiegend nur in Wahlenthaltung manifestierenden Widerstand des Wahlvolks in Lernprozesse und aktivere Formen des Widerstands übergeht. Gegen den medial vermittelten Schein der angeblichen Alternativlosigkeit der Politik müssen aber, um die Desorientierung und die Resignation zu überwinden und um populistische Risiken zu vermeiden, erst einmal neue und zukunftsfähige Wege der Politik öffentlich aufgezeigt werden.

Der bürgerliche Rechtsstaat muss nicht notwendigerweise auch ein demokratischer sein. Er wird vielmehr überhaupt nur demokratisch, oder er bleibt es, soweit der Anspruch auf Demokratie von der Bevölkerung in der politischen Praxis zur Geltung gebracht wird. Dieser fundamentale demokratische Gestaltungsanspruch muss, um eine fortschrittliche gesellschaftliche Entwicklung zu ermöglichen, nicht nur aufrechterhalten, sondern offensiv verfochten werden.

Perspektivisch gilt, dass die halbierte Demokratie weiterentwickelt werden muss, indem - entgegen der gegenwärtigen Tendenz - Demokratisierungsprozesse auf die gesamte Gesellschaft und auf alle ihre Ebenen ausgedehnt werden. Es geht erstens darum, der Tendenz zu einer autoritären Herrschaft, vielleicht in Gestalt eines „Verordnungstotalitarismus“, entgegen zu wirken, zweitens die Gesellschaft zu befähigen, den sie - zu ihrem materiellen und kulturellen Schaden - praktisch wie ideologisch beherrschenden Ökonomismus zu überwinden, und drittens einen Entwicklungspfad in Richtung auf den Abbau politischer, sozialer und ökonomischer Ungleichheit zu öffnen.

### **Danksagung**

Mein Dank gilt Herrn Hans-Jürgen Driemel und Herrn Dr. Alfred Müller für ihre konstruktiv-kritische Begleitung und für ihre inhaltlichen Anregungen.

## Literatur

- Anderson, Perry (1979), Die Entstehung des absolutistischen Staates, Frankfurt/Main
- Bofinger, Peter (2005), Wir sind besser, als wir glauben, München
- Buchholz/Hellweg/Schiller (2004), Geschichte der Fakultät Wirtschaft (Hildesheim) an der Fachhochschule Hildesheim/Holzminde/Göttingen, in: Jahrbuch 2005 des Landkreises Hildesheim, S.145 ff.
- Conert, Hansgeorg (2002), Vom Handelskapital zur Globalisierung, Münster, S. 340 ff.
- Galeano, Eduardo (1989), Die offenen Adern Lateinamerikas, 7. Aufl., S. 20 ff.
- Gerstenberger, Heide (1990), Die subjektlose Gewalt: Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt, Münster
- Hödl, Erich (1986), Der Staat in der keynes'schen Theorie, Wuppertal, Arbeitspapiere des FB Wirtschaftswissenschaft der Universität – Gesamthochschule Wuppertal, Nr. 101.
- Hoffmann, Jürgen (2000), Politisches Handeln und gesellschaftliche Struktur – Grundzüge deutscher Gesellschaftsgeschichte, 2. Aufl., Münster, S. 14 ff.; Hoffmann stützt sich auf Gerstenberger (1990).
- Huber, J./Kosta J.(1978), Wirtschaftsdemokratie in der Diskussion, Frankfurt/Main
- James, Harold (200), Der Rückfall, München
- Keynes, J. M. (1936 [1974] ), Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin; vgl. zur langen Frist: Kap. 24
- Krieser, Hannes (1990), Gesellschaftsordnung, feudale, in: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Bd. 2, Hg. Hans Jörg Sandkühler, Hamburg, S. 405 ff.
- Marx, Karl (1890 [1972] ), Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie, Erster Bd., 13. Kapitel., S. 391 ff.; 24. Kapitel, S. 741 ff.; vgl. ferner
- Marx, Karl / Engels, Friedrich (1974), Staatstheorie, Frankfurt/Main – Berlin - Wien
- Motteck, Hans (1973), Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 1, Berlin, S. 119 ff.
- Müller/Neusüß (1971), Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: PROKLA, Juni 1971, S. 7 ff.
- Naphtali, F. (1928 [1977] ), Wirtschaftsdemokratie, 4. Aufl., Frankfurt/Main
- Neumann, Franz (1984), Behemoth – Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933 - 44
- Poulantzas, Nicos (2002), Staatstheorie, Hamburg, S. 154 ff.
- Reinhard, Wolfgang (1999), Geschichte der Staatsgewalt, München, S. 479
- Röttger, Bernd (1997), Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation, Münster; ergänzend zur Entwicklung der Staaten der Peripherie: Zerfallende Staaten, Aus Politik und Zeitgeschichte(APuZ), Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 28-29/2005. *Zu beobachten ist, dass sich in den Metropolregionen einzelne Staaten mehr oder weniger imperial etablieren und viele andere geschwächt werden, während zugleich Staaten der Peripherie vielfach sogar einem Zerfallsprozess unterliegen.*
- Rotermundt, Rainer (1997), Staat und Politik, Münster, S. 174
- Winkler, H. A.,(2005): Grundlagenvertrag statt Verfassung, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Juni 2005, S. 8